

ippnw forum

das magazin der ippnw
nr184 dez 2025 4,50€
internationale ärzt*innen
für die verhütung des
atomkrieges – ärzt*innen
in sozialer verantwortung



- Trumps Atomtest-Drohung
- Wenn das Krankenhaus zur Falle wird
- IPPNW-Weltkongress in Nagasaki

**Menschenrechte statt Mauern:
Für eine solidarische Migrationspolitik!**

Setzen Sie ein Zeichen für Frieden mit Ihrer Bestellung im IPPNW-Shop

Blaue Stofftasche aus fair produzierter Baumwolle mit dem Slogan „Ärztinnen und Ärzte fordern: friedensfähig statt kriegstüchtig!“
Preis: 8,- Euro zzgl. Versand



Wünschen Sie Ihren Liebsten ein Stück Frieden – mit einer IPPNW-Kunstkarte. Die Motive stammen von unserer ehemaligen Abrüstungsreferentin und Geschäftsstellenleiterin Xanthe Hall. 5er-Set Klappkarten mit Umschlag: 5,- Euro zzgl. Versand



shop.ippnw.de

Sinnvoll schenken? Was schenkt man jemandem, der schon alles hat oder sich nichts wünscht? Mit einer Geschenkspende leisten Sie einen Beitrag für eine atomwaffenfreie und friedlichere Welt. Und erhalten von uns eine Urkunde zum Ausdrucken.



ippnw.de/spenden



Anne Jurema ist IPPNW-Referentin für soziale Verantwortung.



tohamina / freepik.com

Die EU und die Bundesregierung rüsten zunehmend gegen Geflüchtete auf – im Innen und Außen. Die Regierungen nehmen wissentlich in Kauf, dass Menschen ertrinken, gefoltert werden und zusätzliche Traumatisierungen erfahren.

Die IPPNW hat deshalb ein ein neues Infoblatt zur Militarisierung der Grenzen veröffentlicht. Doch was bedeutet diese Militarisierung in der Praxis? Franca Brüggemeyer beleuchtet in ihrem Artikel die aktuellen politischen Entwicklungen in der Seenotrettung. Dabei stützt sie sich auf erschütternde Berichte von Mitarbeiter*innen von Sea-Watch über massive Gewalt gegen Geflüchtete im Mittelmeer.

Ernst-Ludwig Iskenius und Anne Jurema berichten darüber, wie Krankenhäuser für Geflüchtete zur Falle werden. Seit Etablierung der Meldestelle für Abschiebungen aus dem Krankenhaus vor zwei Jahren wurden der IPPNW 35 Fälle gemeldet, von denen wir einen stellvertretend vorstellen. Diese Fälle sind nur die Spitze des Eisbergs: Allein aus Baden-Württemberg ist bekannt, dass 2024 19 Menschen aus Psychiatrien abgeschoben wurden. Das Klima der Angst verstärkt sich. Deshalb hat der Bundesärztekongress 2025 die Behörden der Bundesländer aufgefordert, die Abschiebung Geflüchteter aus medizinischen Einrichtungen für unzulässig zu erklären.

Dass Geflüchtete Sicherheit und Solidarität brauchen, zeigen drei Initiativen, die wir in einem weiteren Beitrag vorstellen. Die Initiativen, in denen auch IPPNW-Mitglieder mitarbeiten, unterstützen Geflüchtete mit zivilgesellschaftlichem Engagement. Ihr Beispiel macht deutlich: Von der medizinischen Versorgung und Beratung von Geflüchteten bis hin zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen gibt es viele Möglichkeiten, aktiv zu werden.

Zehn Jahre nach dem „Sommer der Migration“ blicken Geflüchtete zurück: Jihad Suliman floh mit Mitgliedern seiner Familie aus Syrien nach Deutschland – eine gefährliche Reise, die tiefe Spuren hinterlassen hat. Während er die Solidarität vieler Menschen als bereichernd erlebte, sieht er heute mit Sorge, wie sich die öffentliche Stimmung verändert.

Das Titelfoto zu dieser Ausgabe stammt von ROSA – Rolling Safespace e.V. Die Initiative, bietet seit drei Jahren mobile Safer Spaces an – Gesundheitsangebote und soziale Räume für geflüchtete Frauen und Mädchen in Griechenland.

Eine interessante Lektüre wünscht – Ihre Anne Jurema

Krieg im Sudan: Die deutsche Verantwortung 08



General Coordination of Displaced Persons and Refugees in Darfur

Naiv? Nein zur Kriegsvorbereitung 10



Migration: Militarisierung der Grenzen 26



Carla Marmette / Sea-Watch

THEMEN

Deutschlands Rolle im Sudan 8

Warum es nicht naiv ist, sich der Kriegsvorbereitung im Gesundheitswesen zu widersetzen 10

Weltkongress: Nagasaki ist ein moralischer Kompass 12

Trumps Atomtest-Drohung: Tabubruch mit Folgen 14

Japan: Rekordkosten bei Sicherheitsmaßnahmen für AKWs 16

AKW Leibstadt: Für die Einhaltung der Espoo-Konvention 17

Abschiebung als Erlösungsakt 18

SCHWERPUNKT

Menschenrechte statt Mauern! 20

Wenn das Krankenhaus zur Falle wird 22

Gemeinsam handeln 24

Militarisierung der Grenzen – was bedeutet das in der Praxis? 26

Zehn Jahre „Sommer der Migration“ 28

WELT

Tagebuch aus Nagasaki 30

RUBRIKEN

Editorial 3

Meinung 5

Nachrichten 6

Aktion 31

Gelesen, Gesehen 32

Gedruckt, Geplant, Termine 33

Gefragt: Dr. Ghassan Shahrour 34

Impressum/Bildnachweis 33



Dr. Angelika Claußen
ist Vorsitzende der
deutschen IPPNW.

Die Bundesregierung und die EU müssen in der Ukrainepolitik endlich einen Strategiewechsel vollziehen!

Der 28-Punkte-Plan aus den USA ist eine Grundlage zu Verhandlungen für einen Waffenstillstand in der Ukraine, damit das Töten endlich ein Ende hat. Allerdings bleibt abzuwarten, ob der einseitig diktierte Vorschlag der US-Regierung zu direkten Gesprächen zwischen den Kriegsparteien führen wird. Für eine nachhaltige tragfähige Friedenslösung ist die Beteiligung der Ukraine und Europas sowie der UN notwendig. Es braucht UN-Sicherheitsgarantien für die Ukraine statt US-Sicherheitsgarantien. Die UN muss gestärkt statt geschwächt werden. Es braucht Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und die Einleitung von Prozessen zur Versöhnung statt Amnestie.

Ein wichtiger Punkt des US-Plans ist der Vorschlag zur Verlängerung der START-Verträge zur Reduzierung und Begrenzung von strategischen Trägersystemen und Atomsprengköpfen. Der Vertrag läuft im nächsten Februar aus. Für die Sicherheit in Deutschland und in Europa muss es darüber hinausgehende Vereinbarungen zwischen den USA und Russland zur Rüstungskontrolle von Mittelstreckenwaffen geben. Dafür sollte sich die Bundesregierung im Verhandlungsprozess besonders einsetzen. Der gegenseitige Verzicht auf die Stationierung von Mittelstreckenwaffen sowohl in Deutschland als auch in Belarus und Kaliningrad könnte ein Ergebnis von weiteren Verhandlungen sein, um die Gefahr einer militärischen Eskalation in Europa zu reduzieren.

Die US-amerikanischen Marschflugkörper, Raketen und Hyperschallwaffen, die ab nächstem Jahr in Deutschland stationiert werden sollen, können Ziele weit in Russland treffen. Die Bundesregierung will zudem das mobile Startsystems „Typhon“ kaufen, von dem Mittelstreckenwaffen mit einer Reichweite von über 1.600 Kilometern gestartet werden. Damit wären konventionelle Angriffe auf die russische militärische Infrastruktur und ihr Frühwarnsystem möglich.

Die Politik der Konfrontation ist hochgefährlich und muss beendet werden. Jetzt rächt sich, dass die EU und die Bundesregierung in den vergangenen Jahren weder diplomatische Initiativen anderer Staaten unterstützt noch eigene diplomatische Initiativen eingebracht haben. Die Realität ist, dass Waffenstillstand und Frieden in der Ukraine von keiner der beiden Kriegsparteien mit militärischen Mitteln zu erreichen ist. Deshalb braucht es Diplomatie und Verhandlungen für einen Waffenstillstand.



Bundeswehr-Oberst bei Charité-Symposium eingeladen

Im Rahmen des Symposiums „Zivile Notfall- und Rettungsmedizin. Bevölkerungsschutz“ an der Berliner Charité sollte eigentlich am Donnerstag, 20. November 2025, Bundeswehr-Oberst Zimmermann im Kontext des Themenblocks „Zivile Verteidigung – Vorbereitung deutscher Krankenhäuser am Beispiel Berlin“ über den „Operationsplan Deutschland“ sprechen. Der „Operationsplan Deutschland“ ist das wichtigste Planungsdokument für die Zusammenarbeit von Militär und zivilen Infrastrukturen. Auf der Ebene des Berliner Gesundheitswesens werden diese Vorgaben u. a. weiterentwickelt im kürzlich fertiggestellten „Rahmenplan Zivile Verteidigung Krankenhäuser Berlin“.

Ein breites Bündnis von Organisationen aus dem Gesundheitsbereich hatte Proteste gegen die Veranstaltung angekündigt, die beispielhaft für eine Militarisierung des Gesundheitswesens steht, wie sie derzeit geplant und vorbereitet wird. Vor dem Hintergrund der angekündigten Proteste wurde nun kurzfristig Oberst Zimmermann wieder vom Symposium an der Charité eingeladen. Hierzu erklärte Stella Ziegler von der IPPNW: „Mit unserem Kundgebungsauftritt haben wir ein wichtiges Zeichen gegen die geplante Militarisierung des Gesundheitswesens gesetzt. Dass aufgrund der Ankündigung der Proteste der Bundeswehr-Oberst wieder aus der Charité eingeladen wurde, zeigt: Protest wirkt.“

Mehr auf Seite 10-11.

Infos und Petition zum Thema Militarisierung: ipnw.de/bit/militarisierung



Unterirdischer Atomreaktor für KI-Rechenzentren?

Das US-Start-up Deep Fission behauptet, einen neuartigen 15-Megawatt-Reaktor in Betrieb nehmen zu können, der tief unter der Erdoberfläche installiert werden soll. Die Technologie sei sicher und nachhaltig. Zudem sei sie in der Lage, die erwartete Nachfragesteigerung nach Energie für Künstliche Intelligenz und Cloudcomputing zu decken und gleichzeitig die Kosten für Atomenergie zu senken.

Das Modell entspricht dem eines Druckwasserreaktors. Kleine, zylindrische Reaktoren werden in Bohrlöcher bis zu 1.600 Meter in die Erde abgesenkt. Dadurch könne man sich große und teure Sicherheitsmaßnahmen ersparen. Die Platzierung im Gestein biete einen Schutzschirm gegen externe Bedrohungen.

Deep Fission wurde im August 2025 als eins von zehn Unternehmen ausgewählt, die an einem Reaktor-Pilotprogramm des US-Energieministeriums (DOE) teilnehmen. Hierbei sollen Genehmigungsverfahren vereinfacht und die Markteinführung beschleunigt werden. DOE hat das Ziel gesetzt, dass der Pilotreaktor im Juli 2026 seine Kritikalität erreicht.

In der Vergangenheit haben sich vergleichbare Planungen rund um sogenannte kleine und modulare AKW immer wieder als unrealistisch und als aus technischen und wirtschaftlichen Gründen nicht umsetzbar erwiesen. Der Zeitplan erscheint jedenfalls kaum einhaltbar. Die Standortfrage ist offen. Das Unternehmen nennt teils nicht weiter spezifizierte Orte in den Bundesstaaten Texas, Utah und Kansas.



Appell für die Evakuierung schwerverletzter Kinder

In Briefen an Außenminister Johann Wadepul und an Lars Castellucci, den Menschenrechtsbeauftragten, appelliert die IPPNW, die Bundesregierung möge sich an der Evakuierung und Behandlung von schwerverletzten Kindern aus Gaza in Deutschland beteiligen. Die Schweiz hat insgesamt 20 Kinder aus dem Gazastreifen evakuiert. Eine zweite Operation zur Evakuierung von weiteren 13 Kindern und ihren Begleitpersonen wird derzeit vorbereitet. Alle Kinder haben schwere Kriegsverletzungen erlitten und benötigen spezialisierte medizinische Behandlungen. Gleichzeitig begleiten auch Angehörige die Kinder in die Schweiz. Auch Länder wie Italien und Spanien haben bereits Kinder aus dem Gazastreifen zur medizinischen Behandlung aufgenommen.

Mehrere deutsche Städte, darunter Hannover, Frankfurt, Düsseldorf, Leipzig, Bremen und Kiel, hatten im Sommer und Herbst 2025 angeboten, schwerverletzte und traumatisierte Kinder aus Gaza (und Israel) zur medizinischen Behandlung aufzunehmen. Dieses Angebot wurde jedoch von der Bundesregierung Mitte Oktober 2025 abgelehnt. Das Bundesinnenministerium begründete die Absage mit der weiterhin „unübersichtlichen und nicht berechenbaren Lage“ im Gazastreifen und mit komplizierten administrativen Verfahren wie Identitätsprüfungen, Sicherheitsbewertungen und Fragen der Rückkehroptionen. Die WHO hatte am 23. Oktober 2025 an die Staatengemeinschaft appelliert, ihre Solidarität zu zeigen und alle Wege zu öffnen, um die medizinische Evakuierung zu beschleunigen.



Friedensorganisationen starten Abrüstungsappell

Unter dem Titel „Immer mehr Milliarden fürs Militär? Nicht mit mir!“ sammeln Friedensorganisationen Unterschriften gegen die massive Aufrüstung Deutschlands. Der Abrüstungsappell, der von den Organisationen DFG-VK, IPPNW, Netzwerk Friedenskooperative, Ohne Rüstung leben und Pax Christi initiiert wurde, startete im Oktober 2025.

Im Zentrum der Kritik steht die NATO-Forderung fünf Prozent der Wirtschaftsleistung für das Militär auszugeben, was fast dem halben Bundeshaushalt entspräche. Die Organisationen erklären: Aufrüstung führt in eine Sackgasse. Frieden kann nur durch Diplomatie und zivile Mittel erreicht werden.

Der Abrüstungsappell fordert von der Bundesregierung einen Stopp der maßlosen Ausgaben für immer mehr Aufrüstung, keine Belastung nachfolgender Generationen durch unbegrenzte Neuverschuldung für Militär, durch Wehrpflicht und Vernachlässigung der Klimakatastrophe, einen entschlossenen diplomatischen Einsatz für ein Ende des russischen Angriffskrieges und ein glaubwürdiges Eintreten für Völkerrecht, nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle sowie eine Stärkung von Ziviler Konfliktbearbeitung und Entwicklungszusammenarbeit.

Jetzt unterschreiben unter:
ippnw.de/bit/nicht-mit-mir



Kritik an geheimen Tomahawk-Plänen der Bundesregierung

Die Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig. Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“ reagiert mit scharfer Kritik auf die Nachricht, dass die Bundesregierung US-Marschflugkörper größerer Reichweite kaufen will. Wie Politico berichtet, sieht ein internes Dokument der Bundesregierung Anschaffungen für die Bundeswehr im Wert von enormen 377 Milliarden Euro vor. Diese sollen über die kommenden Jahre umgesetzt werden. Ein Posten dieser Liste: 400 Marschflugkörper des Typs Tomahawk Block VB sowie drei Typhon-Startsysteme. Ihr Kauf in den USA soll rund 1,37 Milliarden Euro kosten.

Der Tomahawk hat eine Reichweite von deutlich über 1.600 km. Die unbemannten Marschflugkörper sind sehr manövrierfähig und können extrem niedrig fliegen.

„Das Wettrüsten mit destabilisierenden Mittelstreckenwaffen in Europa ist enorm riskant und gefährlich. Der INF-Vertrag untersagte die Stationierung aus guten Gründen. Wir fordern die Bundesregierung auf, keine Mittelstreckenwaffen zu kaufen! Das Ziel muss ein INF-Folgeabkommen sein und keine Schaffung eigener Ersts Schlagfähigkeiten“, betont Angelika Wilmen, IPPNW-Friedensreferentin und Sprecherin der Kampagne.

In der zivilgesellschaftlichen Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig“ setzen sich mehr als 55 Organisationen und Gruppen für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen ein.

Mehr Infos: friedensfaehig.de



35 Meter-Banner gegen die Wehrpflicht

Nein zur Wehrpflicht – war am Morgen des 10. November 2025 vor dem Paul-Löbe-Haus auf einem großen Banner zu lesen, welches an der nahen Marschallbrücke hing. In dem Bundestagsgebäude fand zu der Zeit – in Sichtweite zur Brücke – eine Anhörung zum „Wehrdienst-Modernisierungsgesetz“ statt. Mitglieder der DFG-VK, der NaturFreunde, der IPPNW und anderer Friedensorganisationen hatten sich auf der Brücke zum Protest versammelt.

„Wie die Mehrheit der jungen Menschen, die es betreffen würde, so lehnen auch wir den neuen Kriegsdienst ab“, erklärte Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK dazu. „Die Reaktivierung der Wehrpflicht und Aufrüstung der Bundeswehr wird kein Mehr an Sicherheit bringen, sondern die Aufrüstungsspirale nur noch weiter antreiben. Die aktuelle Politik wird uns im besten Fall in die Armut führen, im schlimmsten Fall in einen Krieg“, so Schulze von Glaßer.

„Die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 war ein zivilisatorischer Fortschritt, den wir nicht dem aktuellen Militarisierungswahn opfern sollten“, erklärt Marek Voigt, Pressereferent der IPPNW.

Das ab 1. Januar 2026 geltende Gesetz sieht vor, dass mit dem Jahrgang 2008 beginnend alle Männer und Frauen ein Schreiben erhalten, in dem sie eine Bereitschaftserklärung zum freiwilligen Wehrdienst mittels Fragebogen abgeben sollen. Für Männer ist die Abgabe verpflichtend. In der zweiten von der Bundesregierung geplanten Phase soll ab 1. Juli 2027 dann der ganze Jahrgang zwangsgemustert werden.

Deutschlands Rolle im Sudan

— Die Bundesrepublik trägt historische und aktuelle Verantwortung für den Krieg im Sudan —

Während sich in Deutschland der öffentliche Diskurs in erster Linie um die Themen Flucht und Migration dreht und dabei ständig nach rechts verschiebt, bleiben die größte humanitäre Krise der Welt und die damit verbundenen Fluchtursachen paradoxerweise weitgehend unbeachtet. Seit im Sudan vor zwei Jahren ein Machtkampf zwischen rivalisierenden Militärfraktionen zu einem landesweiten Krieg eskalierte, sind rund 14 Millionen Menschen von der Gewalt vertrieben worden, knapp vier Millionen von ihnen in Nachbarländer. Dreißig Millionen Menschen – fast zwei Drittel der Bevölkerung – sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, fünf Millionen Kinder sowie schwangere und stillende Frauen stark unterernährt, knapp zwei Millionen akut vom Hungertod bedroht. Die Zahl der Todesopfer wird auf über 150.000 geschätzt. (...)

Die Rolle der Bundesrepublik

Die Bilder von deutschen Waffen inmitten der zerstörten Hauptstadt Khartum stehen geradezu symbolhaft für die wichtige Rolle der alten Bundesrepublik bei der Militarisierung des Sudans während des Kalten Krieges, der in der nordostafrikanischen Region als heißer Krieg ausgetragen wurde. Dabei kamen mehrere Faktoren zusammen. Zunächst wollte es der Zufall, dass der Sudan seine Unabhängigkeit am 1. Januar 1956 erlangte – und damit nur wenige Tage nach Ausrufung der Hallstein-Doktrin in Bonn. Die Adenauer-Regierung wollte mit dieser Doktrin die diplomatische Anerkennung der DDR durch jene neuen Staaten verhindern, die gerade ihre Unabhängigkeit vom Kolonialismus erlangten. Der Sudan wurde zum ersten Testfall der neuen Strategie und besaß als „Hinterhof“ Ägyptens überdies auch geostrategische Bedeutung.

Bezeichnenderweise war es der Bundesnachrichtendienst (BND), der noch 1957 eine erste Kooperation mit dem sudanesischen Innenministerium einging und kurz darauf eine legale Residentur in Khartum errichtete. Der erste BND-Resident, Erich Olbrück, hatte sein Spionagehandwerk noch im Reichssicherheitshauptamt gelernt. (...) Das BND-Engagement lief über dreißig Jahre lang und bildete den Nukleus für den Aufbau des sudanesischen „Sicherheitsapparates“, der seither vor allem Unsicherheit verbreitet.

Olbrück sorgte laut CIA-Akten außerdem dafür, dass das Bundesverteidigungsministerium unter Franz Josef Strauß (CSU) nach dem SAF-Putsch von 1958 zum wichtigsten Rüstungslieferanten des Militärregimes avancierte. Es begann mit dem Bau einer Munitionsfabrik bei Khartum durch die bundeseigene Firma Fritz Werner, die auch in Ländern wie Iran, Kolumbien, Myanmar (damals Birma) und Nigeria Arsenale errichtete. Kurz nach dem Bau der Berliner Mauer erhielten die SAF ein Rekordpaket an Ausrüstungs- und Ausbildungshilfen im Umfang von 120 Millionen DM. Dabei ging es vor allem um große Mengen an G3-Gewehren und

MG1-Maschinengewehren, besser bekannt als „Hitler-Säge“, sowie um die Lieferung eines kompletten Fuhrparks mit über 1000 LKWs. (...)

Die Bürgerkriege

Selbst nach dem Ende der Hallstein-Doktrin 1969 ging die Aufrüstung weiter, obwohl die Rebellion im Südsudan eskalierte und die SAF nach dem Prinzip der verbrannten Erde vorgingen. Die Aufständischen kämpften dank israelischer Unterstützung ebenfalls mit deutschen Waffen, die aus Wehrmachtsbeständen in Osteuropa stammten, die die Hagana 1948 im Rahmen der Operation Balak erlangt hatte. Der Bürgerkrieg forderte bis zu seinem Ende 1972 mindestens eine halbe Million Todesopfer. Die sozialliberale Koalition gab sich zwar in Bezug auf Rüstungsexporte zurückhaltender als ihre Vorgängerregierungen, doch ein erheblicher Teil der Geschäfte wurde nunmehr indirekt, über Saudi-Arabien, abgewickelt. Auf diesem Umweg erhielten die SAF westdeutsches Kriegsmaterial im Wert von Hunderten Millionen DM, wieder vor allem G3-Gewehre und Militär-LKWs. Es ist daher alles andere als Zufall, dass der erste Schuss, der 1983 den Zweiten Bürgerkrieg im Südsudan auslöste, aus einem G3 abgefeuert wurde. Die DDR rüstete über Äthiopien ihrerseits die Rebellen mit Kalaschnikows aus. Rund zwei Millionen Menschen verloren bis 2005 ihr Leben.

Die Tatsache, dass es sich bei den beiden ersten sudanesischen Bürgerkriegen auch um deutsch-deutsche Stellvertreterkriege handelte, soll nicht den Blick auf sudanesische Eigenverantwortung verdecken. So zeigt etwa der Spielfilm „Goodbye Julia“, der kurz nach Ausbruch des Krieges als erste Produktion aus dem Sudan in Cannes Premiere feierte, eindringlich einige Hauptprobleme der sudanesischen Gesellschaft: tief verinnerlichte Rassenismen in der unseligen Tradition des Sklavenhandels, zutiefst konservative und radikal islamistische Wertvorstellungen, toxische Maskulinität und Patriarchat. Dennoch lässt es sich schlechterdings nicht abstreiten, dass die Militarisierung des Sudans auch ein Erbe des deutschen Militarismus ist.

Deutsche Rüstungsexporte in den Sudan gibt es zwar seit dreißig Jahren nicht mehr – doch dafür umso mehr Waffenexporte in die Golfstaaten, die derzeit ihren eigenen Stellvertreterkrieg im Sudan führen. So genehmigte die Ampelkoalition 2024 Lieferungen im Umfang von fast 150 Millionen Euro an die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), obwohl diese der wichtigste Unterstützer der RSF sind. Der SAF-Hauptsponsor Saudi-Arabien wiederum erhielt grünes Licht für Rüstungskäufe in ähnlichem Umfang. Katar, das ebenfalls mit den SAF verbündet ist, erhielt 2024 über 100 Millionen Euro und im ersten Quartal dieses Jahres Genehmigungen im Wert von rund 166 Millionen Euro. Wie wenig man hier auf vereinbarte Endverbleibsregelungen vertrauen kann, be-



FLÜCHTLINGSCAMP IN TAWILA.



TAWILA: TRANSPORT EINES VERLETZTEN

legen die Hinweise darauf, dass französische Militärtechnologie über die VAE an die RSF weitergereicht wurde.

„Dubai ist wie Du“, lautet der Slogan einer aktuellen Tourisuskampagne, die für Linke beleidigend wirken muss. Er entlarvt indes die westliche Komplizenschaft mit den VAE, die auch in anderen Ländern Afrikas einen Neo-Imperialismus betreiben. Es sind nicht nur Instagram-Influencer*innen, „Die Geissens“ auf RTL2 oder der HSV mit seinen Trikots, die das Luxusleben zwischen Lamborghinis, Mega-Yachten und Glitzerhochhäusern im Golfemirat als Ideal des Spätkapitalismus bewerben. 2022 vereinbarte der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz bei einem Besuch in Abu Dhabi nicht weniger als „die Revitalisierung der Strategischen Partnerschaft“, obwohl die VAE im Vorjahr eine treibende Kraft hinter dem Putsch von SAF und RSF gegen die zivile Übergangsregierung des Sudans gewesen war. Aus dem grün geführten Auswärtigen Amt war hernach zu vernehmen, dass man hinter verschlossenen Türen versucht habe, den strategischen Partner in Sachen Sudan zu beeinflussen. Diese Art der feministischen Diplomatie blieb offensichtlich erfolglos.

Die sudanesische Sozialistin Muzan Alneel betont, dass nur die Sudanese*innen selbst den Sudan retten können; sie hebt aber auch hervor, dass internationale Solidarität dabei helfen könne. Die Linke in Deutschland kann diesen Kampf der sudanesischen Zivilgesellschaft für einen gerechten Frieden unterstützen, indem sie die eklatante Widersprüchlichkeit der deutschen Außenpolitik aufzeigt. Sie sollte sich darüber hinaus grenzübergreifend zum Sudan vernetzen, denn Deutschland ist (...) nur einer von vielen Staaten in der Festung Europa, die sich von den Petrodollars der Golfmonarchien zum Whitewashing vereinnahmen lassen.

Bei dem Text handelt es sich um einen Auszug aus dem gleichnamigen Text, der am 30.7.2025 auf der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung erschien. Den Original-Artikel finden Sie unter: ippnw.de/bit/sudan



Roman Deckert ist Historiker, Sudan- und Südsudan-Analyst in Genf für Media in Cooperation and Transition.

Foto: Julia Joerlin

Angriff auf das Gesundheitssystem

IPPNW-Erklärung vom 14. II. 2025

Die IPPNW verurteilt aufs Schärfste schwerste Menschenrechtsverletzungen im Sudan – darunter Morde, Hungerblockade, Vergewaltigungen sowie Angriffe auf das Gesundheitssystem. Sie begrüßt die Forderung von Außenminister Johann Wadephul sowie weiterer EU-Außenminister*innen und Regierungsvertreter*innen nach einem Waffenstillstand. Die IPPNW fordert die Bundesregierung auf, Rüstungsexporte an die Kriegsparteien im Sudan zu stoppen und humanitäre Hilfe aufzustocken.

Ziel der Angriffe der sudanesischen Rapid Support Forces (RSF) ist auch das Gesundheitssystem. Am 26. Oktober 2025 verübten die Milizen ein Massaker in der Region Nord-Darfur. Berichten zufolge haben die RSF 460 Menschen im saudischen Entbindungskrankenhaus in Al-Faschir getötet. Bei den Angriffen wurden sechs Mitarbeiter*innen entführt. Seit Beginn des Krieges wurden allein in Al-Faschir 46 Mitarbeiter*innen des Gesundheitswesens getötet. Dies ist ein schwerwiegender Verstoß gegen das Völkerrecht, nach dem Mitarbeiter*innen und Einrichtungen des Gesundheitswesens geschützt werden müssen. Die IPPNW unterstützt deshalb die Forderung der UN-Untersuchungsmission zum Sudan, (...) die Täter*innen zur Rechenschaft zu ziehen.

Bereits im August 2024 war der Sudan von einer Hungersnot betroffen. Das Welternährungsprogramm berichtet, dass etwa die Hälfte der 49,4 Millionen Einwohner*innen unter akutem Hunger leidet. Über ein Drittel der Bevölkerung wurde aus ihrer Heimat vertrieben. Das ohnehin fragile Gesundheitssystem bricht zusammen, und die Zahl der Krankheiten steigt. Aufgrund des Mangels an sauberem Wasser hat sich die Cholera in fast allen sudanesischen Bundesstaaten ausgebreitet. Der Sudan-Gesandte des UN-Kinderhilfswerks Unicef, Sheldon Yett berichtet, dass in Al-Faschir noch immer rund 260.000 Menschen eingeschlossen sind. „Sie essen Gras und Tierfutter. Viele sterben an Hunger oder weil Medikamente fehlen.“ Wie in Gaza wird der Konflikt im Sudan durch den internationalen Waffenhandel verlängert und verschärft. Zu den Nationen, die die Kriegsparteien im Sudan mit Waffen beliefern, gehören u.a. China, Russland, Serbien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Bundesregierung exportiert Waffen in die VAE, obwohl dieses Land die RSF unterstützt und selbst schwere Menschenrechtsverletzungen begangen hat. Laut Rüstungsexportbericht 2024 waren die VAE auf Platz der 9 der 20 Hauptempfängerländer der Bundesregierung mit knapp 150 Mio. Euro genehmigten Rüstungsexporten (...). Saudi-Arabien, das die Regierungsarmee unterstützt, erhielt Genehmigungen für Rüstungskäufe in ähnlicher Höhe. Katar, das ebenfalls mit den Sudanese Armed Forces verbündet ist, erhielt im ersten Quartal 2025 Genehmigungen im Wert von rund 166 Millionen Euro. (...)

Naiv?

Warum es nicht naiv ist, sich der Kriegsvorbereitung im Gesundheitswesen zu widersetzen

Im Oktober 2025 hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft eine Studie veröffentlicht, in der die Vorbereitung der Krankenhäuser auf einen möglichen Krieg gefordert wird. Darin heißt es: Die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Krankenhäuser „ist damit auch ein wichtiger Bestandteil zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und der EU.“

Im Szenario „Bündnisfall“, rechnet die Studie vor, würden „Investitionskosten in Höhe von rund fünf Milliarden Euro“ und zusätzliche Betriebskosten von jährlich fast 900 Millionen Euro gebraucht (siehe: ipnw.de/bit/dkgev). Und in alarmistischen Artikeln in der medizinischen Fachpresse, schnell geschriebenen Studien und eilig einberufenen Symposien zur „Katastrophenmedizin“ tönt es, das deutsche Gesundheitssystem müsse sich auf einen möglichen Krieg vorbereiten. Die IPPNW dagegen ruft Ärzt*innen und Pflegekräfte dazu auf, sich diesen Vorbereitungen zu verweigern. Sind wir verantwortungslos, naiv, verrückt? Ist es nicht sinnvoll, sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten?

Zunächst ein Schritt zurück: Es ist zweifelhaft, ob Russland überhaupt die NATO angreifen würde. Eine Greenpeace-Studie zeigt, dass die europäischen NATO-Staaten (mit Kanada) selbst unter Gewichtung der unterschiedlichen Kaufkraft ein Übergewicht von 420 Milliarden US-Dollar zu 300 Milliarden US-Dollar in den Rüstungsausgaben gegenüber Russland haben. Allein die europäischen NATO-Staaten haben doppelt so viele Kampfflugzeuge wie Russland, dreimal so viele Panzer und drei mal so viele Artilleriesysteme. Nimmt man die militärische Faustregel zur Grundlage, dass der Angreifer eine dreifache Überlegenheit bei Truppen und Material gegenüber dem Angegriffenen haben sollte, wird die propagandistische Behauptung eines russischen Überfalls auf die NATO noch unrealistischer.

Aber stellen wir diese Überlegungen zurück. Nehmen wir an, Russland würde trotz dieser Ausgangslage einen potentiell selbstmörderischen Krieg gegen die NATO beginnen. Es wäre schließlich möglich, dass die Eskalationslogik des Ukrainekriegs oder ein Missverständnis im Zusammenhang mit einem Manöver zu einer Dynamik führt, in deren Verlauf es zu einer direkten Konfrontation zwischen Russland und der NATO kommt. Stehen wir dann nicht da, ohne vorbereitet zu sein?

Nach den Bundeswehrplanspielen sollen in der Bundesrepublik im Bündnisfall 1000 verletzte Soldat*innen täglich versorgt wer-

den. Wir sollen diese Unterscheidungen lernen: Der Bündnisfall bedeutet, dass ein anderer NATO-Staat angegriffen wird. Wenn die Bundesrepublik angegriffen würde, träte der Verteidigungsfall ein. Allein im Bündnisfall, also ohne direkte Betroffenheit des Bundesgebiets, ginge es um 1000 verletzte Soldat*innen. Täglich! Die fünf Bundeswehrkrankenhäuser haben zusammen aber nicht einmal 1.700 Betten. Das ist natürlich der Hintergrund, warum über Resilienz, Katastrophenmedizin und Triage jetzt erneut viel diskutiert wird.

Doch der zugrundeliegende Denkansatz ist falsch. Ein schon in Friedenszeiten andauernd überlastetes Gesundheitssystem kann diese zusätzlichen Aufgaben nicht mit ein paar Notfallplänen und einigen neugebauten unterirdischen Intensivstationen bewältigen. Das Problem verschärft sich noch dadurch, dass auch mit massenhaft verletzten Zivilist*innen gerechnet werden müsste, die aus den Kampfgebieten verlegt würden oder als Flüchtlinge eigenständig das Bundesgebiet erreichen.

Diese kursorischen Überlegungen zeigen: Es ist ein Trugschluss, sich auf die Katastrophe des Krieges vorbereiten zu wollen. Es geht auch gar nicht darum, die Versorgung für die Zivilbevölkerung aufrechtzuerhalten, sondern im Gegenteil, Bevölkerung und Personal darauf vorzubereiten, dass es keine Versorgung mehr geben wird. Das ist gemeint, wenn in Symposien davon gesprochen wird, dass „die Zivilbevölkerung sich verstärkt selbst helfen soll“ oder wenn der offizielle „Rahmenplan für die Zivile Verteidigung im Bereich der Berliner Krankenhäuser“ fordert: „Es ist zu prüfen, ob diese Krankenhäuser nach Möglichkeit Patientinnen/Patienten entlassen und Betten für die Rehabilitation verletzter Streitkräfte vorhalten können.“

Die den Überlegungen in Deutschland zugrundeliegenden Szenarien basieren auf der Annahme konventioneller Kriege. Mit der Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Deutschland ab 2026 wird aber das Risiko einer nuklearen Eskalation eines möglichen Krieges in Europa viel wahrscheinlicher,



GEMEINSAMER PROTEST VON GESUNDHEITSINITIATIVEN AM VIRCHOW-KLINIKUM ANLÄSSLICH DES SYMPOSIUMS „ZIVILE NOTFALL- UND RETTUNGSMEDIZIN“ AM 21. NOVEMBER 2025 IN BERLIN

zumal vor dem Hintergrund der kaum verhohlenen Atomkriegsdrohungen, die die russische Regierung bei jeder Diskussion um neue Waffengattungen für die Ukraine verstärkt. Vorbereitungen des Gesundheitssystems auf einen Atomkrieg sind weitgehend sinnlos, wie die IPPNW seit 40 Jahren immer wieder erklärt, weil nach einer Atombombenexplosion kaum medizinisches Personal oder medizinische Infrastruktur übrig sein wird, um den Hunderttausenden Hilfebedürftigen eine auch nur halbwegs wirksame Versorgung anbieten zu können.

Doch selbst wenn es also gelingen würde, einen Krieg zwischen nuklear bewaffneten Staaten konventionell zu halten, würde das medizinische Personal vor dramatische ethische Fragen gestellt. Die „reverse triage“, um die es bei den angeblich katastrophenmedizinischen Schulungen in den 1980er Jahren ging, stellte das medizinische Prinzip auf den Kopf, dass diejenigen, die am meisten Hilfe brauchen, auch als erstes Hilfe bekommen. Denn unter militärischen Gesichtspunkten geht es darum, die leichtverletzten Soldat*innen möglichst schnell wieder kampffähig zu machen, während die Schwerverletzten sich selbst überlassen werden. Dazu kommt noch die Bevorzugung der eigenen Soldat*innen gegenüber Zivilist*innen, die aus einer rein militärischen Perspektive sinnvoll erscheinen mag.

Wie eingangs schon angeführt, werden jetzt Milliardensummen für die Kriegsertüchtigung des Gesundheitssystems in die Debatte geworfen, während weiterhin an jeder Ecke gespart wird, solange es nur um eine angemessene Versorgung der Patient*innen in Friedenszeiten geht. Zur Vorbereitung auf Kriege, wie etwa beim Bau einer unterirdischen Intensivstation in Köln, werden aber Millionen eingesetzt, die an anderer Stelle dringend gebraucht würden.

Deshalb sind es nicht diejenigen, die sich der Militarisierung des Gesundheitswesens verweigern, die sich rechtfertigen müssen. Sondern diejenigen, die ihre Ressourcen nicht auf die Verhinderung eines Kriegsausbruchs richten. Prof. Horst-Eberhard Rich-

ter, einer der Gründungsväter der IPPNW, warnte auf dem 2. Medizinischen Kongress zur Verhinderung eines Atomkriegs 1982 in Berlin: „Jede Vorbereitungsmaßnahme, die von der Möglichkeit eines Krieges in Europa ausgeht, fördert indirekt die Bereitschaft, sich auf etwas einzustellen, was um jeden Preis verhindert werden muss.“ Es ist keine Prävention, wenn auf den Krieg vorbereitet wird, Prävention ist nur Prävention, wenn sie Prävention gegen den Krieg ist.

Das Friedensengagement der IPPNW gewinnt aber seine Glaubwürdigkeit nicht nur aus der Kritik an der Untauglichkeit einer medizinischen Vorbereitung auf einen Krieg. Gerade aus dem Eingeständnis der Grenzen des eigenen Handelns erwächst eine Stärke. Das gilt nicht nur für Ärztinnen und Ärzte, die teilweise immer noch als „Halbgötter in Weiß“ verehrt werden und einer berufsständischen Ethik folgen, sondern für alle Fachkräfte aus dem Gesundheitswesen. Ihre Aussage: „Wir werden euch nicht helfen können,“ hat deshalb eine besondere moralische Autorität. Diese aus tiefster Überzeugung begründete Ablehnung, die sich aus der Erkenntnis der eigenen Grenzen speist, kann dazu beitragen, dass sich die Meinung in der Bevölkerung dreht.

In diesem Sinne ist unsere Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen eine aktualisierte Version der Frankfurter Erklärung aus den 1980er Jahren – gedacht als Ausgangspunkt einer breiteren Bewegung des Gesundheitspersonals gegen die Kriegstüchtigmachung, im Rahmen einer umfassenden Friedensbewegung.



Marek Voigt ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit der IPPNW.



Nagasaki ist ein moralischer Kompass

Eröffnungsrede von IPPNW-Co-Präsident Carlos Umaña auf dem Weltkongress

Vor achtzig Jahren wurde diese Stadt Zeuge der katastrophalen Folgen eines Atomkrieges. Heute ruft sie uns zur Gewissensprüfung auf. Sie erinnert uns daran, dass Schweigen Mittäterschaft bedeutet und dass Erinnerung mit Taten einhergehen muss. (...) Heute, 2025, steht die Weltuntergangsuhr bei 89 Sekunden vor Mitternacht – so nah war die Menschheit ihrer Selbstvernichtung noch nie. Vor nur drei Jahrzehnten waren es noch 17 Minuten. Was ist passiert? Als der Kalte Krieg 1991 endete, atmete die Welt erleichtert auf. Die vorherrschende Meinung war, dass in einer Welt, die nicht mehr bipolar war, Atomwaffen ihren Zweck verlieren würden. Die Supermächte würden abrüsten, und Frieden würde folgen. Es war ein Moment der Hoffnung – der Glaube, dass geringere Spannungen zu Dialog und Abrüstung führen würden. Aber die nukleare Abrüstung fand nicht statt. Der Eiserner Vorhang fiel, aber die Arsenale blieben bestehen. Warum?

Einfach gesagt: Atomwaffen waren zu einem Statussymbol geworden. Nach Jahrzehnten der Propaganda, in denen sie mit Prestige gleichgesetzt wurden, hatten die Atomwaffenstaaten ein starkes Interesse daran, sie zu behalten. Atomwaffen wurden zur Währung der Macht. Und daran änderte sich auch nichts, als die Supermächte ihren Hauptgrund verloren, sich gegenseitig zu bedrohen. Die Welt versäumte es, Atomwaffen eindeutig zu verurteilen, und statt Frieden zu schaffen, vergifteten diese die internationalen Beziehungen, ermutigten zu Aggressionen und untergruben die globale Sicherheit.

Heute gibt es neun Atomwaffenstaaten (...). Ihr Status beruht auf einem System von Normen und Werten, das den Besitz belohnt. Atomwaffen werden geschätzt,

weil ein System sie wertvoll macht. (...) Um die Bedrohung zu beseitigen, müssen wir nicht nur für Abrüstung kämpfen – wir müssen den Nuklearismus bekämpfen. Wir müssen Atomwaffen unmissverständlich verurteilen.

Mit den Worten der Hiroshima-Überlebenden Setsuko Thurlow: Atomwaffen sind kein notwendiges Übel – sie sind das ultimative Übel. Sicherheit liegt nicht in ihrem Besitz, sondern in ihrer Abschaffung. Abschaffung erfordert Stigmatisierung. Es ist unerlässlich, Atomwaffen ihren vermeintlichen Wert zu nehmen. Auf diese Weise hat die Menschheit Verhaltensweisen – wie die Sklaverei – geändert und andere Massenvernichtungswaffen abgeschafft. Heute rühmt sich kein Land mehr damit, eine Chemiewaffenmacht zu sein. Keine Nation nimmt biologische Waffen stolz in ihre Sicherheitsdoktrin auf. Was einst akzeptabel war, ist heute undenkbar. Wir werden die Welt von Atomwaffen befreien, wenn sie allgemein verurteilt werden – wenn der Status als Atommacht kein Ehrenzeichen mehr ist, sondern ein Zeichen der Schande.

Deeskalation erfordert Stigmatisierung. Damit Kinder aufhören, riskante Spiele zu spielen, müssen sie die Reife besitzen, die Gefahr zu erkennen. So geschah es bei der berühmten „Reagan-Wende“. Ronald Reagan, einst ein Falke, einigte sich bei der Genfer Gipfelkonferenz 1985 mit Michail Gorbatschow und erklärte, dass „ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf“. Dieser Sinneswandel kam nicht von ungefähr: Er war das Ergebnis unermüdlicher Kampagnen, die das Bewusstsein für die humanitären Auswirkungen von Atomwaffen schärften – Kampagnen, die alle Schichten der Gesellschaft durchdrangen.

Das Risiko war hoch, und alle wussten das. Aber Bewusstsein allein reicht nicht aus. Die Abschaffung anderer Massenvernichtungswaffen wurde durch einen doppelten Prozess erreicht: Die humanitären Auswirkungen lieferten den zwingenden Grund – das „Warum“ – und das Verbot lieferte den Weg – das „Wie“. Es folgte ein normativer Wandel. Der rechtliche und moralische Druck wurde universell, selbst in Ländern, die die entsprechenden Verträge nicht unterzeichnet hatten. Das ist die Macht der Stigmatisierung. Das ist der Weg zur Abschaffung. (...)

Wir haben die Verwüstung durch Atomwaffen in Hiroshima und Nagasaki miterlebt. Die Folgen sind katastrophal, langanhaltend und zutiefst unmenschlich. Aber ein umfassender Atomkrieg wäre existenziell. Abgesehen vom unmittelbaren Verlust von Millionen von Menschenleben und der ökologischen Zerstörung würde ein solcher Krieg zu einer globalen Strahlenbelastung führen, die Ozonschicht zerstören und einen jahrelangen nuklearen Winter auslösen. Viele Arten, einschließlich unserer eigenen, könnten vom Aussterben bedroht sein. Kein Land könnte sich jemals auf ein solches Ereignis vorbereiten. Von einem Atomkrieg gibt es kein Zurück.

Es ist unsere Pflicht, Sicherheit im Dienste der Menschen neu zu definieren. Wir müssen die Vorstellung in Frage stellen, dass Sicherheit an den Militärausgaben gemessen werden kann, während die öffentliche Gesundheit, Bildung und humanitäre Hilfe vernachlässigt werden. Wahre Sicherheit findet sich in starken Institutionen, gerechten Gesundheitssystemen und widerstandsfähigen Gemeinschaften, die auf Zusammenarbeit statt auf Konflikten beruhen. Die Rolle der Ärzt*innen für den Frieden



NAGASAKI: KONGRESSTEILNEHMER*INNEN LEGEN BLUMEN NIEDER.

ist von entscheidender Bedeutung. Als Heilberufler*innen, Wissenschaftler*innen und Beschützer*innen des Lebens ist es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Gefahren des Krieges – insbesondere die existenzielle Bedrohung durch die nukleare Vernichtung – vollständig verstanden werden. Wir müssen verhindern, was wir nicht heilen können. Und wir müssen uns daran erinnern: Empathie und Mitgefühl sind Teil der menschlichen Natur.

In ihrem Buch „Life Undercover“ erzählt Amaryllis Fox, wie sie ehemalige Kämpfer und Todfeinde dabei beobachtete, wie sie lachten und gemeinsam etwas tranken, nur weil sich ihre Lebensumstände geändert hatten. Irgendwie hatten sie ihre Feindseligkeiten überwunden und erkannten die Menschlichkeit im Anderen. Sie beschreibt dies als das Aufheben eines „märchenhaften Fluchs“ – eines Fluchs, der Gegner entmenschlicht und zu Gräueltaten führt. Sobald diese Entmenschlichung wegfällt, können Menschen zusammenarbeiten. Sie erkennen, dass sie im Kern gar nicht so unterschiedlich sind. Dass sie letztendlich alle im selben Boot sitzen.

Was bedeutet das für die Abschaffung von Atomwaffen? Die nukleare Abschreckung basiert auf der Überzeugung, dass die menschliche Natur zu Gewalt neigt – dass Menschen eine massive Bedrohung brauchen, um sie vom Kämpfen abzuhalten. Ursula von der Leyens Doktrin „Frieden durch Stärke“ basiert auf dieser Annahme. Nach dieser Logik ist nukleare Abrüstung unmöglich – weil Atomwaffen immer notwendig sein werden. Was aber, wenn wir stattdessen davon ausgehen, dass Menschen wirklich Frieden suchen – auch wenn sie sich dessen nicht immer bewusst sind? Dass Menschen nicht unbedingt zu Krieg und Gewalt neigen? In diesem Fall

ist die Abschaffung von Atomwaffen nicht nur möglich, sondern der logische Weg in die Zukunft.

„Si vis pacem, para bellum“ – „Wenn du Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor.“ Dieser Satz hat die Militärdoktrin seit Jahrhunderten geprägt. Die Geschichte hat jedoch gezeigt, dass Militarisierung Konflikte schürt und nicht den Frieden fördert. Militarisierung führt zu Eskalation. Eskalation führt zu Krieg.

Frieden kann nicht durch Einschüchterung aufrechterhalten werden. Er ist nicht einfach die Abwesenheit von Krieg oder sogar die Abwesenheit von Konflikten. Frieden erfordert die gewaltfreie Lösung von Konflikten, die durch ermüdliche diplomatische Bemühungen erreicht wird. Er erfordert den Aufbau von Brücken, das Treffen von Vereinbarungen und die Schaffung von Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Er erfordert Gerechtigkeit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Einfach ausgedrückt ist Frieden ein fortwährendes Bemühen, den märchenhaften Fluch der „Andersartigkeit“ aufzuheben.

Wenn wir wirklich Frieden wollen, muss der richtige Ansatz lauten: „Si vis pacem, para pacem“ – „Wenn du Frieden willst, bereite dich auf den Frieden vor.“ Das bedeutet, Politik auf Fakten zu stützen – Wissenschaft und Technologie zum Wohle der Menschheit einzusetzen. Es bedeutet, aus der Geschichte zu lernen. Es bedeutet, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken – sicherzustellen, dass internationale Abkommen, humanitäre Kodizes und Verträge zum Schutz der Zivilbevölkerung kompromisslos eingehalten werden. Wenn wir also die Ärmel hochkrepeln und uns der Herausforderung stellen, sollten wir die Abschaffung der Atomwaffen nicht mit Zynismus,

sondern mit Mut angehen. Nicht mit Resignation, sondern mit Entschlossenheit. Lassen Sie uns offen sein, festgefahrene Narrative des Nuklearismus hinterfragen und uns aus der Falle der Entmenschlichung befreien, die Gewalt aufrechterhält. Lassen Sie diesen Kongress mehr als nur ein Treffen sein – lassen Sie ihn eine Bewegung sein. Ein Raum für Strategie, Solidarität und mutiges Handeln. (...)Lasst uns optimistisch sein – nicht weil der Weg einfach ist, sondern weil die Geschichte von denen geprägt wird, die an Veränderungen glauben. Frieden ist möglich. Die Abschaffung von Atomwaffen ist möglich. Aber die Möglichkeit allein reicht nicht aus. Es erfordert Anstrengung. Es erfordert Einheit. Es erfordert uns.

Lasst uns also handeln – geleitet von Wissenschaft, Hoffnung und einem tiefen Glauben an die Menschheit. Lasst uns den Mächtigen die Wahrheit sagen. Lasst uns die Herrschaft der Macht ablehnen und die Herrschaft des Rechts bekräftigen. Lasst uns den Fluch der „Andersartigkeit“ aufheben und ihn durch das Versprechen einer gemeinsamen Menschlichkeit ersetzen. Lasst uns auf den Frieden vorbereiten. Und lasst uns dies mit Dringlichkeit, mit Klarheit und Hoffnung tun.

Mehr auf Seite 30 sowie auf Seite 8f. im Forum intern.



Dr. Carlos Umaña ist Allgemeinarzt und Co-Präsident der internationalen IPPNW.

Tabubruch mit Folgen

— Trumps Atomtest-Drohung sorgt für Verwirrung und Proteste. Droht ein neuer Atomtestwettlauf? —

Ende Oktober 2025 kündigte US-Präsident Donald Trump neue Atomwaffentests an. Der zuständige US-Energieminister Chris Wright erklärte erst mit mehrtägiger Verzögerung, dass keine tatsächlichen nuklearen Explosionen geplant seien. Doch schon die Ankündigung war ein gefährlicher Tabubruch, der Tausende Überlebende von Atomtests brüskierte.

Direkt nach Trumps Ankündigung, die USA würden in gleicher Weise testen wie andere Staaten, herrschte Verwirrung. Nur kurze Zeit vorher hatte Russland mit zwei neuen Trägersystemen für Atomsprenghköpfe Schlagzeilen gemacht. Zum einen wurde der Marschflugkörper „Burewestnik“ für einsatzbereit erklärt. Dieser fliegt mit einem atomaren Antrieb, der theoretisch fast unbegrenzte Reichweite und das gezielte Umsteuern von Abwehrsystemen ermöglicht. Zwar ist umstritten, ob Burewestnik tatsächlich einsatzbereit ist. Sicher ist jedoch, dass ein fliegender Mini-Atomreaktor enorme Gefahren birgt, insbesondere, wenn er zusätzlich einen Atomsprenghkopf trägt. Zum anderen erprobte Russland die ebenfalls atomar betriebene Unterwasserdrohne Poseidon, die auch als Trägersystem für Atomsprenghköpfe dienen kann. Sowohl die Stationierungsankündigung für Burewestnik als auch der Test von Poseidon wurde von der russischen Seite öffentlich inszeniert. Darauf stützte sich die Interpretation, dass Trump die Ausweitung der Tests von Trägersystemen gemeint haben könnte.

Eine andere Überlegung galt der Aufnahme subkritischer Tests, wie sie Russland und vermutlich auch China durchführen. Bei diesen Experimenten wird zwar spaltbares Material wie Plutonium verwendet, um dessen Verhalten bei einer Explosion zu beobachten. Es wird aber keine nukleare Kettenreaktion ausgelöst, die Masse bleibt unter dem kritischen Niveau. Die spätere Präzisierung vom Trumps Aussagen durch den Energieminister bestätigte diese Vermutung. Er sagte in einem Interview: „Die Tests, über die wir gerade sprechen, sind Systemtests. Es handelt sich nicht um nukleare Explosionen. Wir bezeichnen sie als nicht-kritische Explosionen.“

Die US-Regierung ließ mehrere Tage verstreichen, um die Spekulationen zu beenden. In dieser Zeit war keineswegs klar, ob Trump nicht doch Atomwaffentests im Sinne gezielter nuklearer Explosionen meinen könnte. Denn rechte Vordenker*innen hatten bereits 2023 mit dem „Project 2025“ die endgültige Ablehnung des Umfassenden Teststopp-Vertrags (CTBT) und US-amerikanische Atomtests gefordert. „Project 2025“ ist eine Art inoffizielles Regierungsprogramm für die zweite Amtszeit Donald Trumps, das seit Trumps Amtsantritt langsam Realität wird. Das stärkt die Deutung, dass Trumps Äußerungen wörtlich zu nehmen und Teil einer umfassenden Strategie sind. Entsprechend groß ist die Verunsicherung und Empörung in der internationalen Gemeinschaft. Zumal Vizepräsident JD Vance und einige republikanische Kongressabgeordnete Trumps Ankündigung applaudierten.

Aktuell planen die USA keine Atomwaffentests, dennoch ist erhöhte Aufmerksamkeit ratsam. Sollten die USA zu Atomtests zurückkehren, wäre das der Bruch eines jahrzehntelangen Tabus. Bei der IPPNW wissen wir, welche Folgen Atomtests für Menschen und Umwelt haben. Mehr als 2.000 nukleare Detonationen zu Testzwecken gab es seit 1945, mehr als 500 davon oberirdisch – alle auf dem Land indigener Gruppen, (ehemals) kolonialisierter Menschen und politischer Minderheiten. Ganze Gemeinschaften wurden umgesiedelt und Menschen als Versuchspersonen missbraucht. Viele Betroffene leben bis heute mit gesundheitlichen Schäden und einer zerstörten Heimat. Der IPPNW-Report „Die katastrophalen Folgen der Atomtests“ gibt ein ausführliches Bild davon, was die Tests angerichtet haben – und was eine Wiederaufnahme bedeuten würde. Trumps Ankündigung und die Unsicherheit, ob die Einordnung durch Chris Wright tatsächlich das Ende der Diskussion ist, hat viele Überlebende geschockt. Sie haben Angst, dass ihre Heimat und ihre Gesundheit erneut für nukleare Experimente geopfert werden.

Verstärkt wurden diese Sorgen durch die Reaktion Russlands: Wladimir Putin kündigte ebenfalls Atomwaffentests an, sollten die USA damit beginnen. Er ordnete die Erstellung von entsprechenden Plänen für das Testgelände auf Nowaja Semlja an, auf dem schon von 1955 bis 1990 Tests durchgeführt wurden. Bei der Errichtung des Areals wurde die Bevölkerung der Nenzen zwangsumgesiedelt. Auch andere



DAS ATOMTESTGELÄNDE IN NEVADA

indigene Gruppen entlang der nördlichen russischen Küste waren von der radioaktiven Kontamination betroffen.

Die Offenlegung der massiven Auswirkungen der Tests für Menschen und Umwelt rief weltweite Proteste von Betroffenen und der internationalen Zivilgesellschaft hervor, die 1996 zum Zustandekommen des Umfassenden Teststopp-Vertrags (CTBT) beitrugen. Bereits 1963 war der Partielle Teststopp-Vertrag (PTBT) in Kraft getreten, der nukleare Explosionen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser verbietet. Diesem Vertrag waren die USA, die Sowjetunion und Großbritannien beigetreten, nicht jedoch China und Frankreich. Der CTBT geht über den PTBT hinaus und verbietet jegliche Atomtests. Auch wenn er nie in Kraft trat, führte seitdem nur Nordkorea Atomwaffentests durch.

Der CTBT kann erst in Kraft treten, wenn 44 Staaten, die der Annex 2 des Vertrags auflistet, dem Vertrag beigetreten sind. Dazu gehören die USA, die den Vertrag zwar unterschrieben, aber nie ratifiziert haben. Der Versuch einer Ratifizierung scheiterte 1999 im US-Senat an Bedenken, ob die USA sich in der Weiterentwicklung ihres Atomwaffenarsenals behindern würden. Russland unterschrieb den Vertrag und ratifizierte ihn sogar. Die Ratifikation wurde 2023 im Kontext des Ukrainekrieges jedoch zurückgezogen, um einen vermeintlichen Nachteil gegenüber den USA zu vermeiden. Trotz der fehlenden Ratifikationen arbeitet schon eine Vorbereitungskommission für die zum Vertrag

gehörende Organisation CTBTO, welche künftig mit Messstationen weltweit die Einhaltung des Vertrags überwachen soll. Etwa 91% dieser Stationen sind schon heute einsatzbereit und erkennen selbst unterirdische Atomwaffentests – sie widerlegen die Behauptung unbemerkter Tests durch Russland und China, die Trump als Begründung für seine Ankündigung nachschob.

Die Aussagen Donald Trumps, gepaart mit der Geringschätzung des Völkerrechts und der Begeisterung einiger Republikaner für eine solche Machtdemonstration, lassen viele Aktivist*innen und Expert*innen alarmiert zurück. Neue Tests würden wohl auf dem Testgelände in Nevada durchgeführt werden, das dafür modernisiert werden müsste. Das würde mindestens 18 Monate dauern, schätzt Atomwaffenexperte Hans Kristensen, und der US-Kongress müsste Gelder freigeben, da die USA derzeit kein Programm für nukleare Explosionen haben. Spätestens bei einem entsprechenden Entwurf könnten Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft intervenieren. Der Bundesstaat Nevada sprach sich gegen ein solches Programm aus – sowohl im Kongress als auch im Senat reagierten Abgeordnete aus Nevada direkt mit Kritik und kündigten ihre Opposition an. Zuletzt sprachen sich sogar Expert*innen, die eigentlich die Modernisierung der Atomwaffen anstreben, gegen den Aufbau eines Testprogramms mit nuklearen Explosionen aus. Die Forschungszentren zur Weiterentwicklung des Atomarsenals in den Vereinigten Staaten sind allen anderen Atom-

waffenstaaten weit voraus. Die Rückkehr zu nuklearen Explosionen würde es gerade Russland und China ermöglichen, weitere Daten zu sammeln und zu den USA aufzuschließen.

Es ist also unwahrscheinlich, dass die USA in nächster Zeit Atomwaffen zu Testzwecken detonieren werden. Dennoch untergräbt Trump mit seinen Worten eine der fundamentalsten Normen der internationalen Sicherheit. Seine Ankündigung droht selbst nach ihrer verspäteten Korrektur zu einem neuen Kräftemessen zwischen den Atommächten zu führen. Denn es ist keineswegs ausgemacht, dass Trump nicht doch verbal weiter aufrüstet – ermutigt durch den Zuspruch aus seinem Umfeld und um sich als „starker Mann“ zu inszenieren. Das Moratorium für Atomwaffentests kann also nicht mehr als Selbstverständlichkeit angesehen, sondern muss von der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft aktiv eingefordert werden. Damit wir nicht irgendwann wieder einen Atompilz am Horizont sehen.

Den IPPNW-Report „Die katastrophalen Folgen der Atomtests“ finden Sie unter:
ippnw.de/bit/atomtest-report



Juliane Hauschulz ist Referentin der IPPNW für atomare Abrüstung.



DURCH DIE FLUTEN BEDROHT: DAS AKW HAMAOKA IN JAPAN



NOTFALLÜBUNG IM AKW KASHIWAZAKI-KARIWA

Japan: Sicherheitskosten von AKW erreichen Rekordhöhe

Sicherheitskosten der Energieversorger haben sich versechsfacht

Die Ausgaben für Sicherheitsmaßnahmen an Atomkraftwerken in Japan haben einen neuen Höchststand erreicht. Eine Umfrage unter elf Energieversorgern ergab, dass seit der Einführung verschärfter Sicherheitsstandards nach der Katastrophe von Fukushima 2011 insgesamt rund 6,5 Billionen Yen (ca. 37,7 Milliarden Euro) investiert wurden. Die Kosten betreffen den Einbau zusätzlicher Schutzmaßnahmen gegen Erdbeben, Tsunami und andere Notfälle. Besonders in der letzten Phase der Sicherheitsüberprüfungen steigen die Ausgaben stark an, da detaillierte Baupläne konkretisiert und zusätzliche Anforderungen beschlossen werden. Acht Reaktoren befinden sich derzeit in diesem Stadium, was weitere Kostensteigerungen erwarten lässt.

Starker Anstieg bei einzelnen Projekten

Die Zeitung Asahi Shimbun erhebt seit 2013 regelmäßig Daten zu den Kosten für die Sicherheitsmaßnahmen der Energieversorger. Damals lagen die Gesamtkosten bei rund einer Billion Yen (ca. 5,8 Milliarden Euro). Heute betragen sie mehr als das Sechsfache. Besonders stark sind die Kosten bei Hokkaido Electric Power gestiegen. Das Unternehmen verzeichnete allein im vergangenen Jahr eine Steigerung um 400 Milliarden Yen (ca. 2,3 Milliarden Euro). Damit liegt das Gesamtbudget der

elf Unternehmen inzwischen bei mindestens 6,556 Billionen Yen (ca. 38,01 Milliarden Euro), was das 6,5-Fache der Schätzung von 2013 bedeutet. Für das AKW Tomari in Hokkaido, das aus drei Reaktoren besteht, waren 2013 noch 60 Milliarden Yen (ca. 348 Millionen Euro) vorgesehen. Heute werden für den Reaktor 3 allein rund 627 Milliarden Yen (ca. 3,6 Milliarden Euro) kalkuliert. Die Anlage soll 2027 wieder ans Netz gehen. Auch andere Betreiber melden einen deutlichen Anstieg. Tohoku Electric Power gab an, dass die Kosten für den Reaktor Nummer 2 des Onagawa-Kraftwerks von 25 Milliarden Yen (ca. 145 Millionen Euro) auf 710 Milliarden Yen (ca. 4,1 Milliarden Euro) gestiegen sind. Das entspricht dem 28-fachen der ursprünglichen Planung.

Japan fordert viele Sicherheitsmaßnahmen von den Betreibern

Die Betreiber sind verpflichtet, die verschärften Sicherheitsauflagen der japanischen Atomaufsichtsbehörde zu erfüllen, bevor ein Reaktor wieder ans Netz gehen darf. Zu den Maßnahmen gehören der Bau höherer Tsunami-Schutzmauern, zusätzliche Notstromaggregate und neue Gebäude für das Krisenmanagement. Beim Hamaoka-Kraftwerk in der Präfektur Shizuoka wurde der geplante Schutzwall nachträglich angehoben, wodurch sich die Ausgaben deutlich erhöhten.

Steigende Kosten belasten die Verbraucher

Die stetig steigenden Ausgaben werden über das Auktionssystem für CO₂-freie Stromkapazitäten letztlich auf die Bevölkerung umgelegt. Das System wird durch Beiträge von Stromhändlern finanziert, die in den Rechnungen an Haushalte und Unternehmen weitergegeben werden. Damit tragen auch Verbraucher, die keinen direkten Bezug zu den Anlagen haben, die wachsenden Kosten mit.

Bei der Auktion 2024 erhielten drei Reaktoren den Zuschlag, darunter Tomari 3 in Hokkaido, der Reaktor 6 im AKW Kashiwazaki-Kariwa in Niigata sowie Tokai Nummer 2 in Ibaraki. Zusammen machten sie über die Hälfte der vergebenen Kapazität aus.

Der Artikel erschien am 07.09.2025 auf [sumikai.com](https://www.sumikai.com). Abdruck mit freundlicher Genehmigung.

Michael Ziegler ist Gründer und Chefredakteur des Nachrichtensportals Sumikai. Er berichtet über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Japan.





DAS SCHWEIZER AKW LEIBSTADT

AKW Leibstadt abschalten!

—IPPNW drängt auf Einhaltung der Espoo-Konvention—

Das Schweizer AKW Leibstadt hat im Dezember 2024 seine ursprünglich vorgesehene Betriebszeit von 40 Jahren überschritten. Damit steht es exemplarisch für die riskante Tendenz zu Laufzeitverlängerungen überalterter Atomanlagen in Europa. Vor einem Jahr forderten daher über 500 Ärzt*innen und mehr als 250 weitere Unterstützer*innen in einem offenen Brief die Stilllegung des Alt-Reaktors oder zumindest die Durchführung einer grenzübergreifenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Zu letzterer wären die Schweizer Behörden im Sinne der Espoo-Konvention eigentlich verpflichtet gewesen. Da diese Verpflichtungen nicht erfüllt wurden, richteten die IPPNW Deutschland und die IPPNW/PSR Schweiz im September 2025 ein Schreiben an das Sekretariat der Espoo-Konvention, das in der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) angesiedelt ist.

Darin bezieht sich die IPPNW auf die De-facto-Laufzeitverlängerung des AKW und mahnt an, zu überprüfen, ob die Schweiz ihre Verpflichtungen gegenüber den Nachbarstaaten verletzt hat. Unsere Argumentation stützt sich auf wissenschaftliche Studien, insbesondere auf eine Metastudie des Trinationalen Atomschutzverbands (TRAS). Diese Studie zeigt erhebliche Risiken für Süddeutschland durch den Weiterbetrieb des Altmeilers auf. Eine grenzüberschreitende UVP könnte die Gelegenheit bieten, die gesundheitlichen und sicherheitstechnischen Risiken des Überzeitbetriebs öffentlich zu thematisieren.

Im Oktober 2025 hat das Implementation Committee der Espoo-Konvention über die Argumente beraten und die Thematik zur weiteren Prüfung angenommen. Die Beratung soll im Februar 2026 fortgeführt werden. Das Sekretariat der Espoo-Konvention wird eine detaillierte Informationssammlung durchführen. Sollte das Implementation Committee zu dem Schluss gelangen, dass die Schweiz ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Nachbarn verletzt hat, wäre dies ein klarer Dämpfer für das nukleare Laissez-faire bei Reaktoren, die nach heutigen Sicherheitsstandards nicht mehr genehmigungsfähig wären. Letztendlich ist jedoch der gesellschaftliche Druck für eine echte Energiewende hin zu erneuerbaren Energien entscheidend. *Patrick Schukalla*



Tagung zu Atomgefahren

—15 Jahre Fukushima – 40 Jahre Tschernobyl—

Am 7. März 2026 lädt die IPPNW zu einer Tagung in Stuttgart ein, um 15 Jahre nach Fukushima und 40 Jahre nach Tschernobyl die anhaltenden Folgen dieser Atomkatastrophen zu beleuchten und aktuelle sowie zukünftige atomare Risiken zu diskutieren. Mit der Tagung richten wir uns an alle IPPNW-Mitglieder sowie an Engagierte aus den Bereichen Medizin, Umwelt und Friedensbewegung, an Studierende, Journalist*innen und alle Interessierten, die sich fundiert informieren und vernetzen möchten. Das Programm umfasst Eindrücke aus den betroffenen Regionen sowie Beiträge zur Situation der Auf-räumarbeiter*innen von Fukushima Daiichi, den Kindern in der Region und zur Lage am havarierten AKW von Tschernobyl im Kriegsgeschehen.

Einen Schwerpunkt legen wir auf die Gesundheitsfolgen der Atomkatastrophen und betrachten neue medizinische Erkenntnisse zu den Risiken niedriger Strahlendosen. Abschließend widmen wir uns den Fragen nach künftigen GAU-Gefahren, der Rolle von Uran in der Atom- und Geopolitik sowie dem Zusammenhang zwischen Atomenergie und nuklearer Abschreckung. Die Veranstaltung steht in der Tradition der IPPNW-Tagungen und -Kongresse, die seit Jahrzehnten immer wieder die gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen der Atomenergie und atomarer Katastrophen kritisch beleuchten und entsprechende Debatten aktualisieren und befördern. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme und eine lebhaft sowie anregende Tagung mit Ihnen und euch!

Mehr Infos auf der Rückseite dieses Heftes.
Anmeldung unter: ippnw.de/bit/tagung

Dr. Jörg Schmid ist Ansprechpartner für den AK Atomenergie. Patrick Schukalla ist IPPNW-Referent für Atomausstieg, Energiewende und Klima.



Abschiebung als Erlösungsakt

Wie Donald Trumps Stil auch in Deutschland Schule macht

Amerika exportiert derzeit einen Politikstil, der auf eine strategisch dramatisierte Abschottung setzt, um Handlungsfähigkeit zu simulieren. In einer mediatisierten Öffentlichkeit beherrscht Donald Trump die politische Performativität wie kein Zweiter. Ob mit Drohungen gegen Universitäten, dem Einsatz der Nationalgarde oder Prestigeumbauten im Weißen Haus – stets projiziert er ein Bild souveräner Kontrolle. In dieser Logik ist auch seine Einwanderungspolitik kein administratives Programm, sondern autoritäre Selbstbestätigung.

Mit Entsetzen verfolgt die amerikanische Öffentlichkeit die eskalierende Brutalität der Abschiebeoffensive – nicht zuletzt, weil die Razzien der Einwanderungsbehörde ICE besonders vulnerable Gruppen und langjährig Integrierte ohne Vorstrafen treffen, die oft im Schnellverfahren in andere Länder deportiert werden. In migrantischen Gemeinschaften nimmt die Verunsicherung spürbar zu. Denn Abschiebungen finden nicht nur an der US-Mexiko-Grenze, sondern tief im Landesinneren statt – in Wohnungen, an Arbeitsplätzen, bei Verkehrskontrollen: Die Grenze ist überall.

Das Versprechen der Sicherheit

Auch in Deutschland gewinnen Strategien an Boden, die der rechtspopulistische US-Präsident perfektioniert hat, vor allem die skandalisierende Sicherheitsrhetorik. Sichtbar wird das an der Debatte um das „Stadtbild“, die Bundeskanzler Merz mit seinen Aussagen befeuert hat und für die er breite Kritik wegen rassistischer Stereotype erntete. Gleichzeitig steht der Kanzler unter Druck, Abschiebungen nach

Syrien zu ermöglichen – dorthin also, wo laut Außenminister Wadephul schlimmere Zustände als in Deutschland 1945 herrschen.

Offenbar fühlen sich manche deutsche Bürger*innen als Schutzsuchende, als würden sie selbst aus dem unsicheren Herkunftsland Deutschland fliehen wollen. Daraus entsteht ein beinahe körperlicher Drang zur Einmauerung: durch Polizeikontrollen, die Streichung des Bürgergelds für Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine (Stichwort: Wohlfahrtschauvinismus), durch eine Sprache, die Zugewanderte zu einem Minusgeschäft für den Staat deklariert und Rückführungen zu Erlösungsakten verklärt. Inmitten dieser Sicherheitsarchitektur wähnt sich die deutsche Seele ihrer globalen und historischen Verantwortung endgültig entledigt. Was diese Mischung aus Alarmismus und ausgleichender Härteinszenierung anrichtet, zeigt ein Blick in die USA: Was mit Mauern begann, wird zur autoritären Verwaltung des eigenen Niedergangs.

Eine Ära der Überforderung

Die Exzesse der Migrationspolitik lassen sich besser verstehen, wenn man die – reale wie gefühlte – Erosion existenzieller Sicherheit in jenen Ländern in den Blick nimmt, die für viele als Zufluchtsorte attraktiv sind. Deutschland gehört, als wirtschaftsstärkste Nation Europas, nach wie vor dazu – auch wenn Kaufkraft schwindet, Ersparnisse von der Inflation aufgezehrt werden und Wohlstand zunehmend fragil erscheint. In dieser Ära der Überforderung und scheinbaren Belagerung durch Fluchtmigration wird Abschiebung zur therapeutischen Entrümpelung einer Gesellschaft, die nur dann akzeptiert, dass es weniger für alle gibt, wenn dieses Weniger exklusiv unter ihresgleichen verteilt wird. Rückführungen lösen keine Strukturprobleme, aber sie erzeugen ein machstähetisches Schauspiel, das als Ersatzhandlung für vernachlässigte Sozialpolitik erhalten muss.

Ein groteskes Beispiel dieser kompensatorischen Wohlfühlpolitik lieferte das Weiße Haus im Februar 2025. Unter dem Titel „ASMR: Illegal Alien Deportation Flight“ veröffentlichte es ein Video, das gefesselte Männer beim Besteigen eines Abschiebeflugzeugs zeigt – Nahaufnahmen von Ketten; das Klirren von Handschellen als sedierende Klangkulisse. Im Bild: kontrollierte Körper, in den Kommentaren darunter: Jubel, Likes, Genugtuung. Der Begriff ASMR, ursprünglich aus der Welt beruhigender YouTube-Videos, erfährt hier



eine zynische Umcodierung und macht deutlich, dass die sinnliche Dramaturgie der Zwangsmaßnahmen jene besänftigen soll, die den sozialen Absturz spüren und im Ausschluss anderer Halt suchen. Aus menschlichem Unrecht wird private Katharsis – choreografiert vom Weißen Haus als Befreiungsakt im Flüstern der Ketten.

Kalkulierte Härte

Auch in Deutschland zählen bei Grenzkontrollen, Deportationen oder der Aussetzung des Familiennachzugs weniger echte Sicherheitsbedenken als das Signal, dass der Staat – Schaden vom deutschen Volk abwendend – durchgreift. Nicht nur die Rhetorik der AfD, auch der Diskurs der Mitte verschiebt sich schleichend von humanitärem Schutz zu kalkulierter Härte. Um die Nerven, nicht die Lage, zu beruhigen, streuen maximal inszenierte Abwehrgesten homöopathische Kügelchen ins limbische System einer Gesellschaft, deren Grundvertrauen längst erodiert ist.

Um die Diagnose dieses Vertrauensschwunds hat sich eine florierende soziologische Deutungsindustrie herausgebildet. Das Verständnis des Soziologen Oliver Nachtwey von der „Abstiegsgesellschaft“ verdeutlicht, wie das Fortschrittsversprechen der Moderne in ein strukturelles Gefühl kollektiven Rückschritts kippt. Ökonomisch unterfütterte Statusängste verbinden sich, wie Andreas Reckwitz darlegt, in der „Verlustgesellschaft“ auch mit symbolischen Verunsicherungen. Wenn

ehemals stabile Lebensentwürfe brüchig werden, gewinnen Deklassierung, Entfremdung und Bedeutungsleere an affektiver Wucht. In diesem angstgesättigten Klima bewahren Abschiebungen nicht vor dem Abstieg, aber sie inszenieren ihn – für andere. Wer abgeschoben wird, stürzt sichtbar ab, während man selbst zumindest nominell noch dazugehört. Je markanter die Fallhöhe zwischen den Hoffnungen der Schutzsuchenden und ihrer Enttäuschung durch den Staat, desto gefestigter das Selbstbild der Privilegierten.

Mentalhygienische Abführung

Die gefühlspolitische Schadenfreude irritiert – und verweist auf die emotionale Ökonomie des Nationalstaats. Die Kulturwissenschaftlerin Sara Ahmed betont, dass Gefühle nicht im Innern des Einzelnen entstehen; erst in Beziehungen und Begegnungen nehmen sie Gestalt an. Daran wird sichtbar, wie eng die Konstruktion von Sicherheit an einer Grenzziehung gekoppelt ist. Nicht soziale Investitionen – etwa durch breiter gestützte Rentenbeiträge – lassen Bürger*innen aufatmen, sondern die mentalhygienische Abführung von Nicht-Bürger*innen, denen unterstellt wird, sich unrechtmäßig in der weichen sozialen Hängematte eingerichtet zu haben (so weich ist sie ja nicht mehr). Emotionen, schreibt Ahmed, haften an Körpern. Und Härte an der Grenze ist der Kitt, der in Zeiten affektiver Turbulenz die Haut der Nation zusammenhält und nach außen versiegelt.

Die Sehnsucht nach einer glatten Hülle über den Rissen der sozialen Wirklichkeit ist verständlich, aber der Schutz bleibt trügerisch – während die Jahre vergehen, in denen wir tragfähige soziale Infrastrukturen hätten aufbauen können. Die Kritik an der repressiven Migrationspolitik darf sich deshalb nicht im Legalistischen erschöpfen. Entscheidend ist, ihre affektive Dramaturgie zu durchbrechen – und zwar als mündige Subjekte, die sich nicht mit tröstenden Streicheleinheiten abspesen lassen. Was wir brauchen, ist eine Vision von Sicherheit, die solidarisch, offen und inklusiv ist. Was wir bekommen, sind Scheinlösungen, die eine fragile Ordnung künstlich stabilisieren. Solange staatlich normalisierte Exklusion als Beruhigungsmittel der Verlustgesellschaft missbraucht wird, bleibt die Angst ungebrochen.

Dies ist eine aktualisierte Fassung des Artikels, der am 30.5.2025 im Freitag erschien. Abdruck mit freundlicher Genehmigung.

Georgiana Banita ist Kulturwissenschaftlerin mit Schwerpunkt auf den USA und lehrt als Privatdozentin an der Universität Bamberg.





THÜRINGEN: 25 GEFLÜCHTETE AUS DER GEMEINSCHAFTSUNTERKUNFT OBERMEHLER SCHLIESSEN SICH DER KARAWANE AN.

Foto: © Leona Goldstein



DER SOLIBUS BRINGT DIE KARAWANE VON EINER STATION ZUR NÄCHSTEN.

Foto: © Timo Krügener



Weitere Infos zu „We’ll Come United“
finden Sie hier: www.welcome-united.org

Menschenrechte statt Mauern!

Unterwegs mit der Karawane für Bewegungsfreiheit „We’ll come United“

We are here and we will fight – Freedom of movement is everybody’s right! Die Karawane „We’ll come United“ besuchte im September 2025 eine Woche lang Geflüchtetenunterkünfte in Thüringen, Sachsen, Brandenburg und Berlin. Geflüchtete, migrantische Aktivist*innen und Unterstützer*innen forderten ein Ende der Abschiebepolitik, die Abschaffung gefängnisähnlicher Unterkünfte, die Abschaffung der diskriminierenden Bezahlkarte sowie gleiche Rechte für alle. Es gab Kundgebungen, Musik und viele persönliche Gespräche. Dabei wurden besonders die menschenunwürdigen Lebensbedingungen in vielen Unterkünften thematisiert. Bei einer abschließenden Parade zogen dann über tausend Teilnehmer*innen mit der Karawane durch Berlin. Zehn Jahre nach dem „Sommer der Migration“ 2015 setzte die Karawane ein Zeichen gegen die derzeitige migrationsfeindliche Politik. Damit knüpfte sie an die Proteste von 2012 an, als Geflüchtete eineinhalb Jahre lang den Berliner Oranienplatz besetzten.

Text zusammengefasst aus der Reportage von Timo Krügener und Leona Goldstein im *Reversed Magazine*. Die Reportage vom 29.09.2025 finden Sie hier: ippnw.de/bit/karawane



ERSTE-HILFE-WORKSHOP IN GRIMMA



27.09.2025: DIE DEMONSTRATION ZIEHT DURCH BERLIN.

Wenn das Krankenhaus zur Falle wird

Abschiebungen aus stationärer Behandlung

Man muss sich das so vorstellen: Im bayerischen Erlenbach sieht ein Mann, wie sich die Tür des Krankenhauses hinter seiner Mutter schließt. Polizisten geleiten die von Schmerzen geplagte Patientin in das Krankenhaus und dann ist sie weg. Weg für ihn und weg aus Deutschland. Doch das erfährt er erst vier Tage später, denn Ärzt*innen und Polizei verweigern ihm jegliche Auskunft. Auch der Zutritt zum Krankenhaus wird ihm verwehrt. So heißt es in einer Meldung des bayrischen Flüchtlingsrats, die im April 2025 bei der IPPNW-Meldestelle für Abschiebungen aus dem Krankenhaus einging und dem Menschenrechtsbeauftragten der bayrischen Landesärztekammer vorgelegt wurde.

Die syrische Frau war 2024 über Bulgarien zu ihren zwei erwachsenen Söhnen nach Deutschland eingereist. Aufgrund einer Bandscheibenoperation und der Krebserkrankung war sie auf die Pflege ihrer Familienangehörigen angewiesen und durfte trotz „unzulässigem“ Asylantrag in Deutschland privat bei ihrem jüngeren Sohn wohnen. Laut Aussage des Sohnes klingelten eines Nachts Polizisten an seiner Wohnung, um seine über 60jährige Mutter zur Abschiebung nach Bulgarien abzuholen. Der alarmierte Sohn zeigte die Krebsbefunde, wies auf die laufende Krankenhausbehandlung hin und bat schließlich die Polizei, seine Mutter einem Arzt dort vorzustellen. Noch einen Tag vorher war im Krankenhaus ein CT erstellt und die Notwendigkeit einer Operation mit den Ärzt*innen besprochen worden, heißt es in der Meldung weiter. Auch eine Verpflichtungs-

erklärung des älteren Sohnes, der selber Arzt ist, zur Kostenübernahme der Behandlung habe den Behörden vorgelegen.

Was der Sohn nicht ahnte, ist, dass die Klinik die Angelegenheit verschlimmern würde, statt darauf zu bestehen, dass gesundheitliche Gründe einer Abschiebung ihrer Patientin entgegenstehen. Im Arztbrief der Klinik zu jener Nacht, der dem Flüchtlingsrat vorliegt, heißt es, der Oberarzt habe nochmal ein CT veranlasst, den Befund jedoch nicht abgewartet und sich mit der Zusicherung der Polizei, die Person würde am Flughafen Frankfurt/Main nochmal von einem Arzt untersucht werden, zufriedengestellt. „Warum die Ärzt*innen damals den Sohn nicht informiert haben, dass die Polizei jetzt die Mutter mitnimmt, erschließt sich mir trotzdem überhaupt nicht. Die Frau wurde quasi durch die Hintertür abgeschoben“, protestiert Jana Weidhaase vom Bayrischen Flüchtlingsrat, der die Unverhältnismäßigkeit der Abschiebung scharf kritisiert und Aufklärung gefordert hatte.

Was dann folgte, war die verzweifelte Suche des Sohnes nach seiner Mutter in Bulgarien, wo Geflüchtete bis zu 18 Monate inhaftiert werden können und die humanitäre Versorgung mangelhaft ist. Erst nach Wochen der Suche vor Ort und nur dank Unterstützung bulgarischer Menschenrechtsorganisationen und ohne Hilfe durch deutsche Behörden fand der Sohn seine Mutter in einer Asylunterkunft in schlechter Verfassung, berichtet Weidhaase. Und das, obwohl ein deutsches Verwaltungsgericht die Abschiebung da schon für unrechtmäßig

erklärt hatte. Inzwischen sei sie glücklicherweise zurück in Deutschland, hier in Behandlung sowie in einem nationalen Asylverfahren, so Weidhaase weiter.

Dies ist einer von rund 35 Fällen, die der IPPNW seit Etablierung der online Meldestelle Ende 2023 gemeldet oder von dieser eigens recherchiert wurden, darunter auch Nachmeldungen aus Vorjahren. Ein ähnlich gelagerter Fall ereignete sich im Juli 2025 in Sachsen, wo ein palästinensischer Mann, bei dem eine paranoide Schizophrenie und Polytoxikomanie diagnostiziert war, aus stationärer Behandlung nach Griechenland in die Obdachlosigkeit abgeschoben wurde. Auch hier hatte die Klinik gemauert und enge Angehörige in Deutschland über die bevorstehende Abschiebung weder informiert noch im Nachhinein nähere Auskunft erteilt, wie es in der Meldung heißt. Die meisten vorliegenden Fälle stammen aus Psychiatrischen Kliniken, aber auch aus Gynäkologie, Notaufnahme und von Krebsstationen.

Dass diese Meldungen nur einen kleinen Bruchteil der tatsächlichen Abschiebungen aus Krankenhäusern darstellen, haben jüngst veröffentlichte Zahlen des Regierungspräsidiums Karlsruhe deutlich gemacht: Allein in Baden-Württemberg wurden 2024 19 Patient*innen aus psychiatrischen Einrichtungen von der Polizei abgeholt und abgeschoben, 454 Abschiebungen wurden medizinisch begleitet. Die schädigende Wirkung einer Abschiebung geht dabei weit über die betroffene Person hinaus. Organisationen, die mit Geflüchteten arbeiten, berichten auf einem Aus-



tauschtreffen im Mai 2025 einhellig, dass sich seit 2024 ein „Klima der Angst“ deutlich verstärkt habe. Dies führe auch dazu, dass Klient*innen mit unsicherem Aufenthaltsstatus einen medizinisch indizierten stationären Aufenthalt aus Angst vor Abschiebung nicht wahrnehmen würden.

Es sind diese Entwicklungen, die den 129. Deutschen Ärztetag 2025 dazu bewegt haben, mit überwältigender Mehrheit einem Antrag des Vorstandes der Bundesärztekammer zuzustimmen, der die zuständigen Behörden auffordert, wegen der Gefährdung des Gesundheitszustandes Betroffener „in allen Bundesländern die Abschiebung Geflüchteter aus stationären und weiteren medizinischen Einrichtungen für unzulässig zu erklären“. In der Begründung heißt es: „Abschiebungen aus stationärer Behandlung sind ein schwerer Eingriff in eine medizinische Behandlung. Sie können den Gesundheitszustand der betroffenen Person massiv und auch langfristig verschlechtern und so schwerwiegende Folgen haben. Für die Betroffenen stellt eine Abschiebung aus dem Krankenhaus eine massive Belastung dar und verunsichert Mitpatientinnen und Mitpatienten stark.“

Diesem Beispiel folgte im November 2025 auch die Synode der evangelischen Kirche. Auch sie positionierte sich klar gegen Abschiebungen aus kirchlichen Einrichtungen. „Abschiebungen aus Schutzräumen, wie etwa Krankenhäusern, Schulen und Kindertagesstätten, sollen nicht erfolgen“, heißt es in dem Beschluss. Die EKD beruft sich in ihrer Resolution auf die bundeseigene Nationale Stelle zur Verhütung von Folter, die dies schon 2024 gefordert hatte.

Doch während einige Bundesländer in den letzten Jahren Abschiebungen aus dem Krankenhaus per Erlass verboten oder

stark eingeschränkt haben, sieht die Mehrheit der Länder nach wie vor keinen Handlungsbedarf. Dies zeigen auch die Antworten, die die IPPNW auf die Briefe an die zuständigen Behörden unter Berufung auf den Beschluss des Deutschen Ärztetages erhalten hat.

In dieser Situation wird die Stärkung solidarischer zivilgesellschaftlicher Strukturen umso wichtiger. Die Meldestelle bietet genau das an: Neben der Dokumentation und der politischen Arbeit zum Thema bietet sie den meldenden Personen, dem betroffenen Fachpersonal in den Kliniken und dem beteiligten Umfeld Beratungen an, die zumeist dankbar angenommen werden. Darüber hinaus veranstaltet sie an Universitäten, bei Gewerkschaften oder Ärztekammern Workshops für Krankenhausbeschäftigte und Studierende, in den diskutiert und eingeübt wird, wie man sich auf eine solche Situation vorbereiten kann, welche Rechte und Pflichten es gibt. Sie beteiligt sich an der sektorenverbindenden Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich gegen Abschiebungen aus Schutzräumen und von besonders schutzbedürftigen Personengruppen engagieren. Denn solange Abschiebungen in der Öffentlichkeit als Lösung gesellschaftlicher Probleme dargestellt werden und die zunehmende Kriminalisierung von Geflüchteten in Politik und Gesellschaft weitergeht, ist davon auszugehen, dass Abschiebungen immer öfter um jeden Preis vollzogen werden und dabei auch vor Schutzräumen nicht Halt gemacht wird.

Im Fall der Abschiebung der krebserkrankten Frau nach Bulgarien hatten Flüchtlingsrat

und die betroffene Familie ein juristisches Vorgehen gegen das Krankenhaus erwogen. Es überwog dann aber das Bedürfnis der Familie nach Ruhe nach dem Erlebten.

Helfen Sie, unsere Arbeit und die Meldestelle weiter bekanntzumachen und Angehörige des Gesundheitswesens für dieses Problem zu sensibilisieren. Dafür sind wir auch auf Meldungen aus den betroffenen Krankenhäusern angewiesen. Wir kommen auch gern in Ihre Klinik, an die Universität oder andere Orte und bieten Trainingsworkshops an oder veranstalten Info- und Austauschabende online. Wir planen eine noch engere Zusammenarbeit mit den Menschenrechtsbeauftragten der Landes- und Bundesärztekammern. Fachgesellschaften, besonders für Psychiatrie, Gynäkologie und Pädiatrie, wollen wir vermehrt auf die Mitwirkung bei Abschiebungen ansprechen. Auf politischer Ebene bereiten wir Anfragen an die Bundes- und Landesregierungen vor, um die Transparenz über Anzahl und Beschaffenheit von Abschiebungen aus medizinischen Einrichtungen zu erhöhen.

Die Meldestelle finden Sie hier:
abschiebungen-krankenhaus.de



Ernst-Ludwig Iskenius ist Mitglied im AK Geflüchtete & Asyl der IPPNW. Anne Jurema ist Referentin für Soziale Verantwortung.



ROSA UNTERSTÜTZT FRAUEN UND MÄDCHEN AUF DER FLUCHT.

Fotos: Johanna Hungerer

Gemeinsam handeln

Drei Initiativen zeigen, wie zivilgesellschaftliches Handeln Geflüchtete stärkt

Rolling Safespace: ROSA e.V.

ROSA e.V. hat es sich vor über drei Jahren zum Ziel gemacht, Frauen, die kürzlich über die EU-Außengrenzen nach Griechenland geflüchtet sind, mit einer mobilen Anlaufstelle zu unterstützen. Neben geschlechtsspezifischen Fluchtursachen sind Frauen auch während der Flucht verstärkt Gefahren wie sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Das Ausmaß der Traumatisierung korreliert mit dem Integrationsprozess im jeweiligen Ankunftsland und der Lebensqualität. Deswegen fährt ROSA das gesamte Jahr über regelmäßig zu vier Geflüchtetenunterkünften nördlich von Athen und stellt in unmittelbarer Nähe zu den Camps einen Safer Space bereit. Die ca. 7- bis 10-köpfige Crew baut dort einen Ort auf, der aus drei Teilen besteht: dem Community-, dem Kids- und dem Medi-Space.

Im Community-Space wird den Frauen Material für diverse Aktivitäten (z.B. Nähmaschinen, Wolle, Henna, Volleyball, Fahrräder, Bastel- und Lernunterlagen für verschiedene Sprachen) zu Verfügung gestellt und ein gemeinsames Workshopangebot gestaltet. Es geht darum, etwas Neues zu erlernen, sich zu bewegen, Selbstfürsorge zu betreiben, Ablenkung und Erfolgserlebnisse zu schaffen. Natürlich können alle auch einfach bei einem Tee gemütlich beisammensitzen und sich austauschen, vernetzen oder etwas Ruhe genießen. Außerdem werden aktuelle Informationen zu Gesetzen, Sprachkursen und diversen Unterstützungsangeboten bereitgestellt. Regelmäßig kooperiert der Rolling Safe-

space mit anderen NGOs, die zum Beispiel Selbstverteidigungskurse oder Rechtsberatung anbieten. Der Space kann von allen Anwesenden mitgestaltet werden. Wünsche, Initiativen und Bedürfnisse der Personen, die zu ROSA kommen, werden bestmöglich in die Planung eingearbeitet.

Da die Frauen oft ihre Kinder mitbringen, gibt es ein Betreuungsangebot im Kids-Space. Dort bietet die Crew ebenfalls verschiedene Aktivitäten und Beschäftigungsmöglichkeiten an. Im Medi-Space können die Frauen medizinische Einzelkonsultationen bei einer Ärztin und einer Hebamme oder Physiotherapeutin in Anspruch nehmen. In komplizierten Fällen wird an spezialisierte Einrichtungen im Umkreis vermittelt. Außerdem werden Menstruations- und Verhütungsartikel ausgegeben und durch niedrigschwellige Gesundheitsworkshops Aufklärungsarbeit geleistet. Die größte Herausforderung ist die Sprachbarriere und die kürzlich stark verschärfte Asylpolitik der griechischen Regierung.

Der Rolling Safespace in Griechenland wird ausschließlich über Spenden finanziert, diese werden teilweise von den Lokalgruppen in Deutschland gesammelt. Die Lokalgruppen organisieren darüber hinaus z.B. Vorträge, Redebeiträge und Filmabende, die sich mit dem Thema Flucht und Geschlecht beschäftigen, teilweise werden auch in Deutschland weitere Safer Spaces in Gemeinschaftsunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen aufgebaut. **Mehr unter: rolling-safespace.org**

Johanna Hungerer und Leonie Kraus

Unterstützung für Geflüchtete: Der Arbeitskreis Asyl Schwäbisch Gmünd e.V.

Wir sind ein gemeinnütziger Verein mit 35 Mitgliedern aus allen Gesellschaftsschichten, etwa zehn Mitglieder sind permanent aktiv. Wir arbeiten ehrenamtlich ohne Mitgliedsbeiträge. Mit unserem Budget aus Spenden können Geflüchtete auf Antrag finanziell unterstützt werden in Form von Darlehen und Beihilfen, z. B. für Passbeschaffungen, Anwaltskosten oder in anderen finanziellen Notlagen. Wir geben regelmäßig Hilfestellung im Asylverfahren und bei aufenthaltsrechtlichen Fragen. Und bieten einen niederschweligen Sprachkurs Deutsch an.

Ein Beispiel einer individuellen Unterstützung: Ein junger Sikh stellte hier einen Asylantrag. Sein Vater war in Indien nach Beteiligung an einem Aufstand in Amritsar im Gefängnis verschollen. Der Geflüchtete fürchtete um seine Sicherheit in Indien. Er engagierte sich hier wiederholt als Vermittler bei Streitigkeiten. Bei seiner Arbeit im Kindergarten fiel er durch seinen liebevollen und fürsorglichen Umgang mit den Kindern auf. Nach Ablehnung seines Asylantrages konnte die Ausreise/Abschiebung durch unseren Härtefallantrag verhindert werden. Der junge Mann wurde von Gasteltern aus unserem Arbeitskreis aufgenommen, unterstützt und gefördert. Schließlich erlangte er die Fachhochschulreife, studierte Maschinenbau und schloss mit einem Master ab. Heute arbeitet er



EIN BOOT AUS LAMPEDUSA ALS MAHNMAL IN SCHWÄBISCH GMÜND:
MIT DIESEM BOOT WAREN 40 MENSCHEN AUS LIBYEN GEFLÜCHTET.

EINSATZ DES COMPASS COLLECTIVE MIT
DEM SEGELSCHIFF TROTAMAR III.

Foto: CompassCollective

bei einer staatlichen Behörde. Er hat hier einen deutsch-indischen Kulturverein gegründet. Unter unseren vielen Aktivitäten ist auch der Beitritt Schwäbisch Gmünds zum Bündnis „Sichere Häfen“, der auf unsere Initiative hin erfolgte. Die Gemeinde erklärt damit ihre Bereitschaft, aus dem Mittelmeer gerettete Geflüchtete direkt aufzunehmen, zusätzlich zu den Aufnahmequoten. Nach intensiver Lobbyarbeit, thematischen Filmabenden und Veranstaltungen unseres Arbeitskreises sowie mit Unterstützung der kirchlichen Dekane wurde Schwäbisch Gmünd im Dezember 2019 durch einstimmigen Beschluss des Gemeinderats zum „Sicheren Hafen“ erklärt. Im November 2023 gab es 44 Sichere Häfen in Baden Württemberg. Die Einwohner*innen dieser Sicheren Häfen entsprechen 35 % der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs.

Wir finden es wichtig, immer wieder daran zu erinnern, dass Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken. Wir erinnern an die Einhaltung der Menschenrechte, die für alle Menschen auf unserer Erde gelten. Und wir erinnern an die Genfer Flüchtlingskonvention.

25 Prozent der Ärzt*innen im deutschen Gesundheitswesen haben einen Migrationshintergrund. Ohne sie ist unser Gesundheitssystem nicht denkbar. Für mich ist der Kontakt mit Geflüchteten aus anderen Kulturen eine große Bereicherung. Bei der Begegnung mit ihnen erfahre ich immer wieder viel Berührendes und Positives – das würde uns allen in unserem Kulturkreis gut tun.

Mehr unter: www.asyl-gd.de

Helmut Zehender

Boatspotting im Mittelmeer: Das CompassCollective

Mit unserem Segelboot TROTAMAR III finden dreiwöchige Such- und Rettungseinsätze statt, bei denen wir Menschenrechtsverletzungen dokumentieren, nach Seenotfällen Ausschau halten und im Notfall selber retten.

Das Recht auf Asyl schließt das Recht auf Bewegungsfreiheit ein. Seit Jahren treten die europäischen Nationalstaaten diese Rechte mit Füßen. Die „Festung Europa“ wird verteidigt, mit immer mehr Grenztruppen und Zäunen. Wir halten die EU-Binnen- und Außengrenzen für institutionalisierten Rassismus. Das Mittelmeer wirkt wie ein Zaun. Es gibt kein Durchkommen, außer unter Lebensgefahr.

Es gibt keine illegalen Menschen. Unabhängig der Herkunft besitzt jeder Mensch eine unantastbare Würde und damit das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit, auf sexuelle Selbstbestimmung und auf Ausübung der eigenen Religion. Aus diesem Grund nehmen wir es nicht hin, dass Menschen wegen unserer wirtschaftlichen Interessen und Ignoranz in ihrer Not auf der Flucht allein gelassen werden und dabei im Meer ertrinken müssen.

Unsere Arbeit wird durch kleine und große Spenden getragen und insbesondere durch Fördermitglieder in unserem gemeinnützigen Verein Grenzenlos- People in Motion e.V.. Gruppen wie die Quäkerhilfe unterstützen auch mal mit größeren Zuwendungen.

Unser Segelboot ist 13,5 m lang und kann sechs Aktivist*innen unterbringen, im Notfall auch noch zusätzlich 64 Gerettete. Im Einsatz verweigern wir die Kommunikation mit der sogenannten libyschen Küstenwache und sind deshalb schon einmal für 15 Tage auf Lampedusa festgesetzt worden.

Bisher konnten wir in 20 Einsätzen 2701 Menschen auf dem Wasser mit Rettungswesten, Trinkwasser und Rettungsdecken unterstützen und so lange Druck auf die italienischen Behörden ausüben, bis die Küstenwache die Menschen gerettet hat. 525 Flüchtende nahmen wir direkt an Bord der TROTAMAR III, manchmal auch, um sie vor einem Pullback durch die sogenannte libysche Küstenwache zu schützen.

Wir sehen unsere Arbeit nicht als humanitären Beitrag, sondern als Baustein, um politischen Druck aufzubauen und sichere Fluchtwege zu schaffen. Wir wollen handlungsfähig sein – gegen die Ohnmacht und Verzweiflung, die uns manchmal befällt. Wir wollen zeigen, dass wir etwas tun können: Auf See und natürlich auch auf Land. Und wir wollen zeigen, dass auch kleine NGOs aktiv werden können. Gegen das Sterbenlassen im Mittelmeer.

Mehr unter: compass-collective.org

Katja Tempel

Militarisierung der Grenzen – was bedeutet das in der Praxis?

Sea-Watch berichtet von massiver Gewalt gegen Geflüchtete durch die „Libysche Küstenwache“

Die Militarisierung der europäischen Grenzen nimmt zu. Das Budget der europäischen Grenzschutzagentur Frontex hat sich im letzten Jahrzehnt verzehnfacht. Im Gespräch mit Mirko Griesel, der in diesem Jahr im medizinischen Team der Sea-Watch 5 auf dem Mittelmeer gearbeitet hat, werden die Auswirkungen dieser Militarisierung deutlich.

Die Grenzschutzagentur Frontex arbeitet seit Jahren mit der so genannten libyschen Küstenwache (scLYCG) zusammen. Da europäische Institutionen aufgrund der Menschenrechtslage vor Ort keine Abschiebungen nach Libyen durchführen dürfen, übernimmt die scLYCG diese Aufgabe. Frontex überwacht die libysche Such- und Rettungszone mit Flugzeugen und Drohnen. Das Budget für Überwachungstechnik macht mittlerweile ein Viertel bis ein Drittel des Gesamtbudgets von Frontex aus. Es werden Millionenbeträge in Forschung zu neuer Überwachungstechnik investiert.

Sobald ein Schiff in Seenot erkannt wird, wird es der scLYCG, die erst seit 2018 eine eigene Leitstelle hat, gemeldet. Mittlerweile wurde die scLYCG auch durch EU-Gelder so gut ausgestattet und professionalisiert, dass sie mit diesen Informationen deutlich effektiver insbesondere langsam fahrende Schlauchboote abfangen kann und die Menschen zurück nach Libyen bringt. Diese so genannten Pull-Backs finden regelmäßig statt⁵. Die Boote werden durch Warnschüsse ins Wasser oder durch Kreuzen des Fahrtwegs zum Stoppen gezwungen, die Menschen an Bord der libyschen Boote genommen und zurück nach Libyen gebracht. Nicht selten kentern die Boote bei diesen waghalsigen Aktionen oder die Menschen springen aus Verzweiflung ins Wasser. Eine Klage gegen dieses „Refoulement by proxy“ („stellvertretende Zurückweisung“) durch die EU

wurde erst im Juni 2025 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte abgelehnt.

Aufgrund der effektiveren Überwachung der libyschen Küste wurden in den letzten Jahren zunehmend „Runaway-Boote“ eingesetzt: Diese schnellen, stabileren Boote werden von libyschen Milizen organisiert und bringen die Fliehenden rasch aus der libyschen Such- und Rettungszone heraus. Sobald sie in der Nähe eines europäischen Rettungsschiffes sind, werden die Menschen zum Sprung ins Wasser gezwungen – oft ohne Schwimmkenntnisse oder Rettungsringe. Das Boot wird dann rasch wieder zurück nach Libyen gefahren und die Menschen werden im besten Fall von den Rettungsbooten aufgenommen.

Mirko Griesel berichtet von seinem Einsatz: „Unsere Rettungsbootbesatzungen wurden wenig später wieder überraschend vor eine größere Herausforderung gestellt: Erneut waren acht Menschen in der Nähe von einem Schnellboot ins Wasser geworfen worden und rangen ganz unmittelbar ums Überleben, zumal nur einer wirklich schwimmen konnte. Schnell fuhren unsere zwei Rettungsboote dorthin und konnten mit zugeworfenen Rettungsmitteln das Ertrinken verhindern und die völlig Erschöpften auf die Boote ziehen.

Das ist eine Situation, in der es im Gegensatz zum sonstigen Geschäft nicht um Minuten oder Stunden geht, sondern um

Sekunden: In dem Moment, in dem ein Mensch seinen Mund nicht mehr sicher über Wasser halten kann, dauert der eigentliche Vorgang des Ertrinkens eine Minute und weniger. Und selbst wenn man einen Menschen zu fassen bekommt, bevor das Herz unter Sauerstoffmangel aufhört zu schlagen, ist die Lebensgefahr noch lange nicht vorbei: Die Mischung aus Salzwasser und Mageninhalt sorgt in den sehr empfindlichen Lungenbläschen für schwere Schäden und je nach Ausmaß kann man auch Stunden bis Tage später an einem Lungenversagen sterben, das wir an Bord nur unzureichend behandeln können.

Bei mindestens einem der Betroffenen, an dem sich die anderen in der Panik im Wasser teils festgehalten hatten, hatten wir diese Sorge: Er erbrach noch minutenlang Wasser und reagierte nicht adäquat auf uns, auch nachdem er auf der Behandlungsliege der Klinik an die Überwachungsgeräte angeschlossen war. Wir waren sehr erleichtert, als sich die Situation nach vorsichtiger Infusion von Mitteln gegen Erbrechen beruhigte und er weder auffallend hustete noch bedenkliche Überwachungswerte zeigte. Mit der Erleichterung wurde aber nun Raum frei für das Entsetzen darüber, dass jemand die Menschen in dunkler Nacht ins Wasser geworfen hatte – und auch über die politische Gesamtsituation, in der sich die Menschen auf der Flucht in eine solche Abhängigkeit und verwundbare Lage bringen müssen.“

Mitte Oktober 2025 hat der Bundestag einer Ausweitung des Bundeswehrmandats „Irin“ zugestimmt, in dessen Rahmen sich nun auch die Bundeswehr an der Schulung und dem Aufbau der scLYCG direkt beteiligen kann. Kurz zuvor



Foto: Carla Marnette / Sea-Watch

hatte Sea-Watch einen Bericht mit insgesamt 60 dokumentierten Fällen von Gewalt durch die sCLYCG veröffentlicht. Dazu gehören u. a.: „gezielter Beschuss, Vorfälle mit Todesfällen von Flüchtenden, Entführungen von Rettungsschiffen“.

Und die Gewaltspirale auf dem Mittelmeer dreht sich immer weiter. In diesem Sommer hat die sCLYCG wiederholt auf Rettungsschiffe unter europäischer Flagge geschossen. Beim ersten Vorfall wurde die Ocean Viking in internationalen Gewässern etwa 20 min unter heftigen Beschuss genommen. Zurück blieben schwer beschädigte Schnellboote und zerstörte Scheiben auf der Schiffsbrücke mit Einschusslöchern auf Kopfhöhe – zum Glück gab es keine Verletzten. Die Ocean Viking hatte zu diesem Zeitpunkt 87 Gerettete an Bord. Bei dem letzten Zwischenfall Anfang Oktober 2025 wurde ein Mensch lebensgefährlich in den Kopf getroffen, zwei weitere wurden schwer verletzt. Das sind Fälle, in denen das Fehlverhalten der sCLYCG dokumentiert wurde. Völlig unklar ist, wie mit Menschen umgegangen wird, wenn es keine Zeug*innen gibt. Diese neue Situation verändert auch die Arbeit der Hilfsorganisationen:

Mirko Griesel berichtet: „Bei uns haben sich die Crew und die verschiedenen Strukturen des Vereins (...) einen Tag Zeit genommen, um die Lage zu bewerten und Notfallpläne zu verfeinern. Dazu gehörte es, weitgehend schuss sichere Räume festzulegen, in denen die Crew und mögliche Gäste im Notfall in Deckung gehen können. Die Krankenstation mit allem Material und Überwachungsgeräten gehörte auf Grund der dünnen Stahlwände nicht dazu. Also machte sich das medizinische Team

daran, die notwendigen Materialien für die Versorgung von Schusswunden in den als sicher deklarierten Räumen zu deponieren.

Gleichzeitig wurden umfassende Gespräche mit den Crew-Mitgliedern geführt. Insbesondere die Rettungsbootbesatzungen sind verwundbar, wenn sie das große Schiff verlassen und würden sich bis auf weiteres deutlich schneller zurückziehen, sollte sich die sCLYCG aggressiv verhalten. Aber an sich hat sich die gesamte Crew bereiterklärt, weiterzufahren und wir sind mittlerweile auch an vergleichbarer Stelle vor der libyschen Küste wie die Ocean Viking gestern, sitzen an den Ferngläsern und halten uns bereit für die nächste Rettung. Bei der Evaluation der Situation wurde auch das deutsche Außenministerium informiert. Aber die Annahme, dass dieses oder Institutionen der EU noch irgendeine wirksame Kontrolle hätten über die Geister, die sie riefen, ist seit gestern widerlegt.“

Die EU und die Bundesregierung rechtfertigen die zunehmende Militarisierung mit dem Ziel „sicherer Grenzen“. Dabei stellt sich die Frage: „Sicher für wen?“ Menschenleben werden hier mit zweierlei Maß gemessen. Die Regierungen nehmen wissentlich in Kauf, dass Menschen ertrinken, gefoltert und zusätzlich traumatisiert werden.

Nicht nur im Mittelmeer sterben jährlich Tausende auf der Flucht. Wir, die Bevölkerung innerhalb dieser Grenzen, gewöhnen uns zunehmend an Bilder von Menschen, die im Mittelmeer ertrinken, im Wald zwischen Belarus und Polen erfrieren oder in menschenunwürdigen Bedingungen jahrzehntelang festgehalten werden. Es kommt zu einer zunehmenden

Entmenschlichung der Fliehenden.

Die der Migrationsabwehr inhärente Gewalt beschädigt aber nicht nur ihre Opfer, sondern auch die Gesellschaften, die die Gewalt gutheißen oder hinnehmen. Eine Politik, die es normal findet, Migrant*innen aufgrund ihrer Herkunft an den Grenzen zu misshandeln, uns Bilder von leidenden und frierenden Familien an den Grenzen „auszuhalten“ anmahnt oder solidarische Unterstützung von Geflüchteten behindert und kriminalisiert, trägt letztlich zur kollektiven moralischen Verrohung bei. Es ist unsere Aufgabe, gegen die Entmenschlichung und die Aufweichung des Rechtsstaats anzukämpfen – zum Schutz aller Menschen auf der Flucht und zum Schutz unserer Gesellschaft und unserer Werte.

Die IPPNW liefert mit der Argumentationshilfe „Risiken und Nebenwirkungen der Militarisierung von Grenzen“ eine Grundlage für die politische Arbeit und für alltägliche Diskussionen. Feedback oder eine Mitarbeit im IPPNW-Arbeitskreis Geflüchtete und Asyl sind willkommen.

**A4-Flyer „Risiken und Nebenwirkungen der Militarisierung von Grenzen“ – Bestellung unter: shop.ippnw.de
Die Quellen zu diesem Artikel finden Sie unter: ippnw.de/bit/grenzen**

Franca Brüggem
ist Mitglied
des Vorstands
der IPPNW.



Wir haben sie die „Reise der Hoffnung“ genannt

— Zehn Jahre „Sommer der Migration“: Interview mit Jihad Suliman, Journalist und Produzent —

Jihad, du bist 2015 als junger, palästinensischer Mann mit einem Teil deiner Familie aus Syrien nach Deutschland geflohen. Wie blickst du heute auf diese Zeit zurück?

Wir haben sie die Reise der Hoffnung genannt. Aus einem Kriegsgebiet kommend, nicht wissend, was uns an unserem Ziel erwarten würde, hatten wir unterschiedliche Gefühle: einerseits Hoffnung – andererseits Angst angesichts des Erlebten und der Unsicherheit, was uns der neue Ort bringen würde. Gleichzeitig waren wir voller Energie – wir hatten uns mental auf alle möglichen Szenarien vorbereitet. Im Rückblick glaube ich, dass diese Reise und das Ankommen in Deutschland einzigartig waren. Ich habe mich selbst besser kennengelernt und meine Familie auch. Es war eine gefährliche Reise: Wir waren manchmal dem Tod nahe. Wir haben dabei erfahren, wie stark ein Mensch sein kann. Und um hier anzukommen, braucht man auch Kraft – auch hier half der Überlebensinstinkt. Wenn ich heute zurückblicke, bin ich dankbar, aber ich habe auch Wunden in mir, die nicht geheilt sind. Mein Heimatland besteht für mich nur noch aus Erinnerungen, es ist zerstört. Unser Haus ist niedergebrannt, mein Viertel ist zerstört. Das ist der Grund, weshalb ich Angst habe und nicht in der Lage bin, zurück zu gehen. Ich weiß, dass ich mich meinen Ängsten irgendwann stellen muss, habe aber noch nicht den Mut dazu gefunden. Ich kann noch nicht meinen Frieden machen mit allem, was ich damals erlebt habe.

Danke für deine Offenheit und dein Vertrauen. Es macht mich auch wütend, dass Ihr das alles durchmachen musstet. Vielleicht kannst du noch ein bisschen erzählen, wie du eure erste Zeit in Deutschland erlebt hast. Hast du eine „Willkommenskultur“ erlebt?

Für mich gibt es zwei verschiedene Ebenen: die Gemeinschaft und den Staat. Und wir haben sehr gemischte Erfahrungen gemacht. Zuerst bin ich den Behörden begegnet – also dem Staat. Und diese Begegnung war nicht die angenehmste Erfahrung. Heute weiß ich, wie der Staat hier in Deutschland funktioniert und betrachte ihn sozusagen aus der Vogelperspektive. Doch damals wirkte der Staat für mich wie eine große, schwerfällige Maschine. Sie passt sich nicht wirklich schnell an neue Dinge oder Situationen an – wie zum Beispiel an die große Welle von Neuankömmlingen 2015.

Was war das Unangenehme an dieser Erfahrung?

Wir mussten zum Beispiel sehr viel umziehen, von einer zur nächsten Erstaufnahmeeinrichtung. Das hat dazu geführt, dass wir uns nicht sicher fühlten. Wir hatten in Syrien schon die Erfahrung gemacht, intern Vertriebene zu sein. Als wir hierher kamen, haben wir uns danach gesehen, ein bisschen anzukommen. Aber wir mussten ständig umziehen, weil die Kapazitäten der Einrichtungen eben begrenzt waren. Die Bearbeitung unseres Asylantrags hat dann ewig gedauert. Und in dieser Zeit weißt du nicht, wohin dein Leben gehen wird. Du kannst nicht arbeiten, nicht studieren, nur sitzen und warten. Es ist kein schönes Gefühl, das eigene Schicksal nicht in den eigenen Händen zu haben. Es gab aber auch eine positive Sache am Staat: Wir hatten angegeben, dass wir hier Familie haben. Und dann haben sie uns in die Nähe meiner Tante verlegt. Das war schön. Sie haben unsere Bitte berücksichtigt.

Was den Kontakt und Austausch mit den Menschen betrifft, war unsere Erfahrung 2015 wirklich schön. Die Menschen hat-

ten offene Herzen und gute Absichten. Als wir ankamen, landeten wir in Bayern, und die Leute wollten helfen. Es gab einige soziale Initiativen. Wir waren offen dafür, andere Menschen kennenzulernen. Und sie waren offen dafür, Neuankömmlinge zu treffen. Einige dieser Freundschaften bestehen bis heute. Wir stehen noch immer in regelmäßigem Kontakt und besuchen uns manchmal gegenseitig – seit 2015.

Gab es in solchen Begegnungen mit Deutschen, die viele Erwartungen an Geflüchtete hatten, für dich auch Ambivalenzen oder gemischte Gefühle? Was denkst du darüber?

Die Frage, ob ich dankbar sei, wurde mir in Berlin einmal direkt gestellt, und ich empfand sie als sehr unhöflich. Ich hatte ein Interview im Rahmen einer Initiative an einer Hochschule. Ein Studierender fragte mich: „Bist du dankbar gegenüber denjenigen, die dir geholfen haben?“ Mit dieser Frage sagte er mir eigentlich schon, wie ich antworten soll. Er hat mir gar keinen Raum gegeben, meine Gefühle auszudrücken.

Dann habe ich geantwortet: „Okay, der Gemeinschaft gegenüber bin ich dankbar. Dem Staat gegenüber – das weiß ich nicht. Denn Staat bedeutet Politik, und Politik ist unmoralisch, denn es geht meistens um Interessen. Aber was die Menschen betrifft, bin ich wirklich dankbar. Abgesehen davon hatte ich zum Glück nie das Gefühl, dass ich mich auf eine bestimmte Weise verhalten müsse. Das Gefühl, für andere etwas erfüllen zu müssen, würde sich auch nicht gut anfühlen. Auf der anderen Seite ist natürlich gegenseitiger Respekt wirklich notwendig. Wenn du selbst keinen Respekt zeigst, kannst du auch nicht erwarten, dass andere dich respektieren.“



GEFLÜCHTETE KOMMEN AM FLUGHAFEN KÖLN-BONN AN, OKTOBER 2015

Wie erlebst du den Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung von Geflüchteten seit 2015?

Damals war die allgemeine Aufmerksamkeit darauf gerichtet, Geflüchtete aufzunehmen. Selbst die Medien haben das unterstützt, die Politik hat darüber gesprochen. Danach ist das abgeflaut und die Medien berichteten zunehmend über Kriminalität und negative Vorfälle, mit denen man die Menschen verängstigen konnte. Die Art, wie Neuankömmlinge dargestellt wurden, hat sich stark verändert. Dadurch erschwert sich die Integration und auch der Zugang zum Arbeitsmarkt ist schwieriger geworden.

Wie siehst du den Aufstieg der AfD und den Rechtsruck?

Bisher ist weder mir selbst noch meiner unmittelbaren Familie etwas Schlimmes passiert – zum Glück. Aber ich denke, beides ist gefährlich. Der Zusammenhalt der Gesellschaft steht auf dem Spiel. Die Rechte hat sich mit Geflüchteten das einfachste Ziel ausgesucht, um zu spalten und einen Feind im Inneren zu schaffen. Das kann in Zukunft noch mehr Probleme machen und auch zu Unruhen führen – gerade in einer Zeit, in der die Regierung alles militarisiert. In diesem Sinne sind nicht nur die Geflüchteten betroffen, sondern die gesamte Gesellschaft. Zugleich gibt die AfD vor, bestimmte Klassen in der Gesellschaft zu verteidigen. Ich glaube, sie nutzt das Thema nur aus, um politische Gewinne zu erzielen. Das ist wirklich gefährlich. Man behandelt nicht die Ursachen der Probleme und schafft gleichzeitig neue Probleme. Zudem sägt die Regierung an den Fundamenten der EU, wenn sie überall Grenzkontrollen einführt und die Bewegungsfreiheit einschränkt. Was ist dann die Zukunft der EU?

Bundeskanzler Merz sagte jüngst, es gebe keinen Grund mehr für Asyl für Menschen aus Syrien. Wie erleben

und bewerten Mitglieder der syrischen Community diese „Rückkehrdebatten“?

Einige Leute, die ich kenne, haben Angst davor, zurückzugehen, weil Syrien nicht sicher ist. Jeder, der die Nachrichten verfolgt, weiß von den Massakern, die in bestimmten Städten stattgefunden haben. Und man weiß auch, dass die neue Regierung in Syrien mit Al-Qaida verbunden ist. Es gibt sehr gute Gründe, Syrien jetzt zu verlassen, ob nach Deutschland oder Mosambik. Es gibt dort keine Freiheit, keine Sicherheit. Es gibt nur Scheinwahlen und Unterdrückung, wie zuvor. Und wie kann Merz sagen, es gebe keine Gründe für Asyl? Ich habe zum Glück die deutsche Staatsbürgerschaft, aber viele Menschen haben keine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis hier. Dass andere über dein Schicksal entscheiden und du nicht die Kontrolle über dein eigenes Leben hast, richtet großen Schaden an.

Viele Menschen fühlen sich seit der deutschen Unterstützung von Israels Völkermord in Gaza und der Kriminalisierung der Proteste dagegen entfremdet und verletzt. Wie erlebst du das?

Ich bin nicht überrascht – ich habe sowieso kein Vertrauen in Regierungen. Meine Familie kommt aus Palästina und ich bin in Syrien aufgewachsen, inmitten von Bombardierungen und Krieg. Wir sehen, wie die westlichen Mächte handeln – das habe ich schon früh erfahren. Deshalb überrascht mich ihr Verhalten nicht. Trotzdem schmerzt es mich.

Das Merkwürdige ist, dass der Verlust der Meinungsfreiheit in Bezug auf Palästina die Syrer*innen an Syrien erinnert. Sie

sind geflohen, weil ihre Meinungsfreiheit unter Assad oder unter autoritären Regimen unterdrückt wurde. Hier erleben sie wieder dasselbe: dass sie sich nicht äußern können. Man lebt in einer schöngefärbten Realität, aber die Wirklichkeit ist eine andere.

Ich habe auch eine Frage an die Deutschen: Welche Lehre habt ihr aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen? Wart ihr wirklich aufrichtig, den neuen Generationen nach dem Krieg beizubringen, dass man nie wieder einen Völkermord begehen oder Teil davon sein dürfe? Oder hat sich der neue deutsche Staat nur ein Image gegeben – dass ihr eure Geschichte hinter euch gelassen habt und jetzt frisch und strahlend in die Welt schaut? Vielleicht sind die Menschen aufrichtig, aber der Staat... da bin ich mir nicht sicher. Denn jetzt, als es ernst wurde, hat er sein wahres Gesicht gezeigt. Die Regierung hat sich auf die Seite des Genozids gestellt.

Was müsste die Bundesregierung unternehmen, um die Wunden ein wenig zu heilen, die sie den palästinensischen und arabischen Communities zugefügt hat?

Ein erster Schritt wäre, die israelischen Flaggen von den Rathäusern zu entfernen. Es muss keine palästinensische Flagge dort hingestellt werden, aber entfernt diese Flagge! Seid neutral. Und die migrantischen Communities dürfen sich nicht wie „die Anderen“ fühlen. Wir sind eine Gesellschaft, wir leben hier. Wenn man sich um das Wohl dieser Gemeinschaft sorgt, muss man anders handeln.

Das Interview führte Anne Jurema.



UN-VERTRETERIN IZUMI NAKAMITSU BEIM IPPNW-WELTKONGRESS IN NAGASAKI

Zurück zu den humanitären Wurzeln

Bericht aus Nagasaki: Der erste Tag des IPPNW-Weltkongresses

Zum 24. Mal trafen sich Aktive aus 40 Ländern zum Weltkongress der IPPNW. Die Entscheidung für den Kongress in Japan begründet sich vor allem durch die 80. Jahrestage der Atombomben-Abwürfe. Noch gibt es fast 100.000 Überlebende, die Zeugnis ablegen können von den schrecklichen Geschehnissen im August 1945.

Als IPPNW kehren wir zurück zu unseren humanitären Wurzeln. Aber es geht nicht allein um Erinnerung. Hiroshima und Nagasaki sind der Appell an uns alle, dafür zu sorgen, dass Atomwaffen abgerüstet werden. So formulierte es bei der Auftaktveranstaltung Izumi Nakamitsu vom United Nations Office for Disarmament Affairs.

Nakamitsu kritisierte die Haltung der japanischen Regierung, die der betroffenen Bevölkerung Kompensation verweigert hätte. Nakamitsu forderte die Regierungen der Welt auf, auch an anderer Stelle diese Verantwortung wahrzunehmen. Sie griff damit eine Forderung auf, die auch Teil des Atomwaffenverbotsvertrages ist.

Dr. Tatsujiro Suzuki, der Vorsitzende des internationalen Pugwash-Komitees (Friedensnobelpreis 1995), erinnerte an die wesentliche Rolle von Wissenschaftler*innen: Die Fähigkeit zum konstruktiven Dialog über politische Trennlinien hinweg.

Zum anderen verwies er auf die soziale Verantwortung, die aus der beruflichen Rolle erwachse. Nach Einschätzung von Pugwash sind „Nuclear Umbrella States“ – also Staaten der „nuklearen Teilhabe“ wie Deutschland – als erstes in Gefahr, Zielgebiete eines Atomwaffeneinsatzes zu werden. Dr. Inga Blum, Hamburgerin und Mitglied des internationalen Vorstandes, kommentiert: „Das muss uns alarmieren vor dem Hintergrund der illegalen Atomwaffen-Stationierung in Deutschland und es braucht eine klare Absage an die US-Pläne, neue Atomwaffen in Deutschland zu stationieren.“

IPPNW-Co-Präsident Carlos Umaña äußerte sich zur globalen Militarisierung. Diese führe zu Eskalation, und Eskalation führe zu Krieg. Sein Appell: Let's not see this merely as meeting – become a place for a new „movement“! Wir müssen in „politische Bewegung“ kommen, darüber hatten wir am Vormittag gesprochen. Dabei wurde Anna Khouri zur internationalen Studierendensprecher*in gewählt.

Einer der Höhepunkte war sicherlich der stark medizinisch geprägte Vortrag von Professor Masao Tomonaga. Tomonaga präsentierte Daten über die Probleme der dosisabhängigen Early-Onset-Tumoren aus den Leukämie-Gruppen sowie den Anstieg solider Tumoren Jahrzehnte nach

den Atombombenabwürfen. Dazu zählen u. a. Schilddrüsentumoren, Dickdarmkrebs und Brustkrebserkrankungen.

Ein Überlebender aus Nagasaki, der am 8. August 1945 acht Jahre alt war, formulierte sein Gefühl nach dem Abwurf der Bombe mit den Worten: „Ich dachte, die Sonne sei auf die Erde gefallen“.

Es war ein starker Auftakt mit dem „richtigen Ton“, mit der Verbindung klarer politischer Positionierung auf der Basis unserer humanitären Verpflichtung als Ärzt*innen und Gesundheitsfachleute zu handeln. Und es war auch ein „junger“ Tag, vielfach von Studierenden moderiert.

Einen weiteren Bericht finden Sie im Forum intern auf Seite 8f.



Dr. Lars Pohlmeier ist Co-Vorsitzender deutschen IPPNW.



Bimal Khadka



Cycling for Peace

— Studierende radeln von Hiroshima nach Nagasaki —

Vom 20. bis 28. September 2025 haben sich 21 Studierende aus zehn Ländern aufgemacht, um im Vorfeld des IPPNW-Weltkongresses mit dem Fahrrad von Hiroshima nach Nagasaki zu fahren. Gemeinsam überwandern sie 541 Kilometer mit mehr als 4.000 Höhenmetern und Temperaturen, die bis auf 30 Grad Celsius anstiegen. Die Tour, die durch die japanische IPPNW organisiert worden war, führte durch große und kleine Städte, an Küsten entlang, durch tropische Wälder – an buddhistischen Tempeln und Shinto-Schreinen vorbei. Während der Tour konnten die Studierenden die japanische Kultur und Geschichte intensiv kennenlernen. Bei ihrer Ankunft wurden sie im Nagasaki Peace Park von einem Presseteam empfangen und besuchten dann das Nagasaki Atomic Bomb Museum.

Bericht auf dem IPPNW-Blog: blog.ippnw.de





Das M-Wort

Anne Rabe beschreibt die Mechanismen der Entstehung von Gewalt und ermutigt dazu, sich autoritativ-tendenzentgegenzustellen.

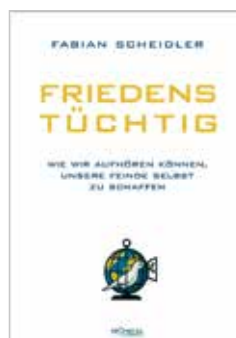
A nne Rabe hat sich bisher als Dramatikerin, Lyrikerin und Essayistin einen Namen gemacht. Ausgangspunkt ihres neuen Buches ist ihre Beobachtung, dass in politischen Auseinandersetzungen immer wieder moralische Maßstäbe durch „selbsternannte Realapostel“ abgewertet und zu Vorwürfen „umgedreht“ werden. Das wirkt einschüchternd und ist Motor reaktionärer und gewalttätiger Bewegungen. Dabei bedürfen größere Gemeinschaften moralischer Maßstäbe, weil dadurch das Zusammenleben organisiert wird und Loyalitäten über das eigene Ich geschaffen werden. So ist menschliche Moral die Voraussetzung gewesen für die allgemeine Erklärung der Menschenrechte. „Moral ist keine Last“, schreibt Anne Rabe, „sie befreit uns von unseren niederen Instinkten“.

Anne Rabe betont eindrücklich, dass Empathie sowie Gleichwertigkeit Leitprinzipien demokratischer Gesellschaften sind und bleiben müssen. Das wurde unlängst von Elon Musk bestritten, der behauptet hat, dass Empathie die Schwäche unserer Zivilisation sei. Empathie aber setzt voraus, dass man die Individualität jedes einzelnen Menschen anerkenne – nur dadurch werde dem Menschen Gleichheit, Wert und Würde zuerkannt. Und gerade in der gegenwärtigen komplexen politischen Lage mit ihren multiplen Krisen ist es erforderlich, dass man sich am moralischen Grundkonsens der demokratischen Welt orientiere. Wer dagegen die Gleichheit der Menschen infrage stelle, bekenne sich zwangsläufig zu Gewalt, Unterdrückung und dem Recht eines vermeintlich Stärkeren. „Die scheinbare Sicherheit autoritärer Kräfte wird nicht friedlich gewährt, sie braucht die Gewalt. Dauerhaft“.

Die Autorin beschreibt interessante zeitgeschichtliche Zusammenhänge, wie z. B. zwischen dem „Historikerstreit“ der 80er Jahre, dem Hitlerfilm „Der Untergang“ und dem Aufkommen der AfD. Anne Rabes Buch ist ermutigend und klar in der Sprache: „Ich bin nicht optimistisch, ich finde nur keinen guten Grund, nichts zu tun“, schreibt sie. Ein wichtiges Buch für die IPPNW.

Anne Rabe: Das M-Wort. Gegen die Verachtung der Moral. 224 S., Hardcover 20,- €, E-Book 17,99 €, Klett-Cotta Stuttgart 2025, ISBN 978 3608966930

Christoph Dembowski



Friedenstüchtig werden

Seit vielen Jahren normalisieren die Regierungen des Westens den Ausnahmezustand, der sich in einen regelrechten Kriegszustand auszuweiten droht.

D ie Politik reagiert auf jede neue Krise mit repressiven Maßnahmen, Demokratieabbau und weiterer Militarisierung. Der Autor Fabian Scheidler warnt vor diesem selbstzerstörerischen Weg in eine Spirale der Gewalt. Anhand heutiger Konflikte zeigt er auf, wie sich die Politik die Feinde, die sie bekämpft, selbst geschaffen hat. Wie es der Autor formuliert: „Nicht nur waren die Antworten auf die Ereignisse falsch, die Ereignisse selbst waren auch vermeidbar.“

Zentrale Elemente der Kriegslogik sind laut Scheidler Eskalation und Lagerbildung, Mythologisierung und die Ausblendung der Vergangenheit – die Reaktionsmuster, die sich angesichts gesellschaftlicher Krisen wie dem Ukraine-, dem Gazakrieg oder der Coronapandemie beobachten lassen, führen zur gesellschaftlichen Polarisierung und zur zunehmenden Tabuisierung von Themen, über die kein offener Diskurs mehr stattfinden kann.

Für eine Konfliktlösung sei es entscheidend, „Verstehen und Legitimieren auseinanderzuhalten“, so Scheidler. Wie er anhand aktueller Beispiele zeigt, weigern sich die westlichen Regierungen, das Freund-Feind-Denken zu verlassen und die Entstehungsgeschichte von Konflikten anzuerkennen. So nehmen sie sich selbst die Möglichkeit, die Konfliktursachen zu bearbeiten und langfristig Frieden zu schaffen.

Wie können wir friedensstüchtig werden? Friedensbewegungen sind da besonders erfolgreich, wo es ihnen gelingt, sich mit anderen gesellschaftlichen Kräften zu vernetzen. Spannend sind auch Scheidlers Ausführungen zur Geschichte des Widerstands gegen den Krieg, wie er sich seit der Aufklärung entwickelt hat, und dessen Ideen bis in die griechische Antike zurückreichen.

Ein Buch über das „Handwerk des Friedens“ und die notwendige Fähigkeit, die Welt auch mit den Augen der anderen sehen zu können.

Fabian Scheidler: Friedenstüchtig. Wie wir aufhören können, unsere Feinde selbst zu schaffen. 224 S., Hardcover: 20,- €, E-Book: 14,99 €, Promedia Wien 2025, ISBN: 978 3853715499

Regine Ratke

Neuer IPPNW-Flyer

Unser Infolyer „Health for Peace“ gibt einen Überblick über die Themen und die Arbeit der IPPNW. Geeignet für Infostände, Büchertische und, um Menschen im eigenen Umfeld für die IPPNW zu interessieren.

**DIN lang sechseitig,
Versand gegen Portokosten.
Bestellen unter: shop.ippnw.de**



Fakten zur Militarisierung von Grenzen

Die Politik „geschlossener Grenzen“ wird mit einem ungeheuren Maß an Gewalt und Zwang erkaufte. Sie militarisiert Grenzen und baut Haftkapazitäten aus. Sie kriminalisiert Menschen auf der Flucht und beschädigt sie in ihrer Gesundheit und Würde. Das Faltblatt „Risiken und Nebenwirkungen der Militarisierung von Grenzen“ führt sechs zentrale Argumente zu diesem Thema auf.

**A4 doppelseitig, Versand gegen Portokosten.
Bestellen unter: shop.ippnw.de**

GEPLANT

Das nächste Heft erscheint im März 2026. Das Schwerpunktthema ist:

40 Jahre Tschernobyl – 15 Jahre Fukushima

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe 185/März 2026 ist der 31. Januar 2026. Das Forum lebt von Ihren Ideen und Beiträgen. Schreiben Sie uns: forum@ippnw.de

IMPRESSUM UND BILDNACHWEIS

Herausgeber: Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) Sektion Deutschland
Redaktion: Dr. Lars Pohlmeier (V.i.S.d.P.), Angelika Wilmen, Regine Ratke
Anschrift der Redaktion: IPPNWforum, Frankfurter Allee 3, 10247 Berlin, Tel.: 030 6980 740, Fax 030 693 81 66, E-Mail: ippnw@ippnw.de, www.ippnw.de,
Bankverbindung: IPPNW e.V., GLS-Bank IBAN: DE 23 4306 0967 1159 3251 01, BIC: GENODEM1GLS

Das Forum erscheint viermal jährlich. Der Bezugspreis für Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sämtliche namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers. Nach-

drucke bedürfen der schriftlichen Genehmigung.

Redaktionsschluss für das nächste Heft: 31. Januar 2025

Gestaltungskonzept: www.buerobock.de,

Layout: Regine Ratke

Druck: DDL Berlin **Papier:** Circle Offset, Recycling & FSC.

Bildnachweise: S. 6 Mitte: Adobe Firefly. S. 7 Mitte: U.S. Navy / gemeinfrei. Nicht gekennzeichnete Fotos: privat oder IPPNW.



DEZEMBER

10.12. 40. Jahrestag der Verleihung des Friedensnobelpreises an die IPPNW

JANUAR 2026

22.1. Jahrestag des Inkrafttretens des Atomwaffenverbotsvertrages

24.1. IPPNW Regio Süd, Stuttgart

24.1. IPPNW Regio Nord, Güstrow

FEBRUAR

5.2. New-START-Vertrag läuft aus

24.2. Vierter Jahrestag: Beginn des Ukrainekriegs

MÄRZ

7.3. Tagung in Stuttgart: 15 Jahre nach Fukushima – 40 Jahre nach Tschernobyl: ippnw.de/bit/tagung

7.3. IPPNW Peace Academy, Berlin

11.3. 15. Jahrestag des Super-GAU von Fukushima

16./17.3. Kongress Armut und Gesundheit, Berlin

14. bis 28.3. IPPNW-Türkeireise

APRIL

26.4. 40. Jahrestag des Super-GAU von Tschernobyl

27.4.-20.5. NPT-Überprüfungskonferenz, New York

Weitere Informationen unter: www.ippnw.de/termine

vormerken

24.-26. APRIL 2026

JENA

IPPNW-Jahrestreffen & Mitgliederversammlung



6 Fragen an ... Dr. Ghassan Shahrour

Arzt und Friedensaktivist, Koordinator des Arab Human Security Network

1 Herr Sharour, was war Ihr persönlicher Weg zur Klimabewegung? Als Arzt und humanitärer Helfer habe ich gesehen, wie untrennbar Umweltzerstörung und menschliches Leid miteinander verbunden sind – von kriegsverwüsteten Landschaften bis hin zu von Dürre heimgesuchten Gemeinden. Meine Beziehung zur Umwelt wuchs durch meine eigenen Erfahrungen: die Schäden, die durch Landminen, Streumunition und andere Kriegsüberreste verursacht wurden. Diese Realität, über die wir in Damaskus, Schardscha, am Toten Meer, in Cartagena und Beirut diskutiert haben, machte mir klar, dass Umweltgerechtigkeit untrennbar mit der Menschenwürde verbunden ist.

2 Wie sind Sie damals in Syrien aktiv geworden? Im Jahr 2012 nahm ich als Koordinator des Arab Human Security Network an der Nationalen Tagung der Umweltverbände in Syrien teil. Ich schlug vor, dass unsere lokalen Organisationen Teil der globalen Umweltbewegung werden sollten. Ich spreche als jemand, der miterlebt hat, dass menschliches Leid und die Vernachlässigung der Umwelt ein und dasselbe sind.

3 Was möchten Sie den Regierungen sagen, die sich aus Klimakonferenzen zurückgezogen haben? Dies ist nicht die Zeit für Abwesenheit oder Ausreden. Es ist Zeit zu handeln. Das Klima wartet nicht – die Schwachen warten nicht. Die Geschichte wird nicht vergessen, wer tatenlos zusah, während der Planet brannte.

4 Sie sagen, die Klimakrise sei eine moralische Frage: Was ist Ihre Botschaft an die Zivilgesellschaft? Die Auswirkungen des Klimawandels treffen zuerst die Schwächsten: Frauen in ländlichen Gebieten, Kinder in Flüchtlingslagern, indigene Gemeinschaften, die ihr Land verlieren, und Menschen mit Behinderungen, die von der Notfallplanung ausgeschlossen sind. Ohne ihre Einbeziehung gibt es keine Klimagerechtigkeit. Wir als Zivilgesellschaft sind nach wie vor dankbar für die Stockholmer Konferenz von 1972, die die Zivilgesellschaft anerkennt und einen Wendepunkt in ihrer globalen und nationalen Rolle markiert hat. Umweltgerechtigkeit und das Engagement der Zivilgesellschaft

sind untrennbar miteinander verbunden. Ich appelliere daher an Intellektuelle, Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen: Sie sind die Zeugen dieser Zeit, ihr Gedächtnis und ihr moralischer Kompass. Machen Sie die Klimakonferenzen zu einer Plattform für Bewusstsein, Solidarität und Handeln!

5 Sie kritisieren, dass die UN das Thema Rüstung ausklammert... Anfang November 2025 hat die UN auf dem Weltgipfel für soziale Entwicklung die Erklärung von Doha verabschiedet. Sie bekräftigt soziale Verpflichtungen, hat aber das Prinzip von Kopenhagen von 1995 aufgegeben, wonach echte Entwicklung Abrüstung erfordert. Dieses Schweigen erfolgt vor dem Hintergrund rekordhoher weltweiter Militärausgaben – über 2,7 Billionen US-Dollar 2024 – und der verheerenden Auswirkungen von Kriegen auf Familien und Gemeinschaften. Gleichzeitig halten sich einige Staaten nicht an die Abkommen über Landminen, Streumunition und Atomwaffen und gefährden so Zivilist*innen. Wir können nicht von Frieden und Entwicklung sprechen und dabei Rüstung und Militarisierung ignorieren – insbesondere Atomwaffen und andere zerstörerische Waffen, die Ressourcen verbrauchen und das Vertrauen untergraben. Mutter Teresa sagte: „Wenn wir keinen Frieden haben, dann deshalb, weil wir vergessen haben, dass wir zueinander gehören.“ Die COPs müssen uns an diese Zugehörigkeit erinnern.

6 Welche Prioritäten müssten jetzt gesetzt werden? Wir brauchen eine gerechte Energiewende, die den Globalen Süden stärkt und Klimaschutzversprechen in konkrete Maßnahmen umsetzt. Abrüstung muss Teil der Klima- und Entwicklungsagenda sein. Es bedarf transparenter Mechanismen, um Regierungen und Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen. Wir müssen Umweltaktivist*innen schützen, den Zugang zu Klimainformationen gewährleisten und in Bildung, resiliente Städte sowie ethische KI für Katastrophenvorhersage, Friedensförderung und nachhaltige Entwicklung investieren, nicht für Kriegführung oder Überwachung. KI muss dem Leben dienen, statt es zu kontrollieren.

Ghassan Shahrours Artikel zum Weltsozialgipfel von Doha finden Sie unter: ippnw.de/bit/doha

24. Internationale Münchner Friedenskonferenz

13.–15. Februar 2026 | I Widerstand gegen den Krieg



Mit:

Simon David Dressler, Political Influencer

Sofi Orr, israelische Kriegsdienstverweigerin, Mesarvot

Timofy Vaskin, Legal Department / The School of Conscript, Russia

Franz Nadler, Connection e.V.

Deborah Feldman, Autorin

Dr. Shir Hever, politischer Ökonom

Khaled El Mahmoud, Jurist und Völkerrechtler

Prof. Dr. Isabel Feichtner, Rechtswissenschaftlerin

Die Friedenskonferenz stellt Mut und zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume ins Zentrum. Freitag geht es um Kriegsdienstverweigerung mit Gästen aus Israel, Russland und der Ukraine. „Zeit zu reden“ widmet sich am Samstag der Frage, welche Rolle Sanktionen und Boykotte in Politik und Zivilgesellschaft spielen. Am Sonntag liest Fabian Scheidler aus „Friedenstüchtig“.



<https://friedenskonferenz.info>

IPPNW-Reise in den Südosten der Türkei

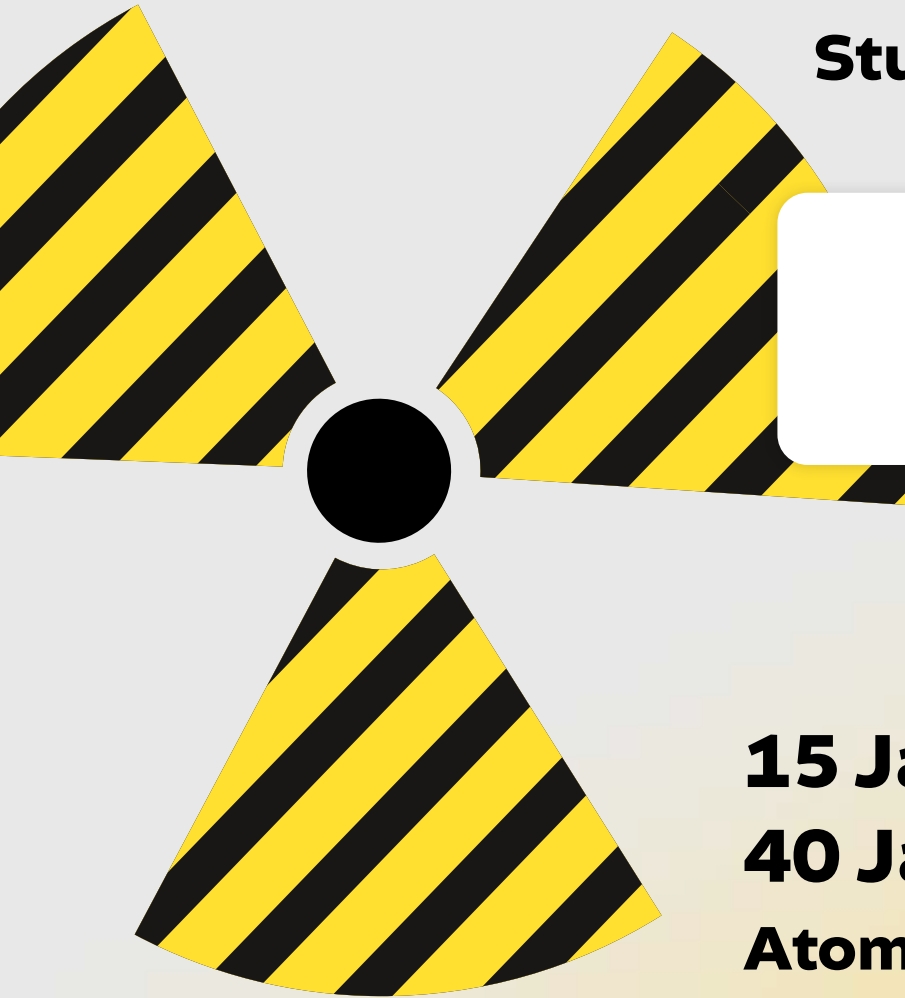
14.–28. März 2026

Unsere Solidarität mit den Aktiven der türkischen und kurdischen Zivilgesellschaft ist angesichts der restriktiven Regierungspolitik nötiger denn je. Stationen unserer Reise sind: Istanbul, Van, Diyarbakir und Ankara. Weitere Orte sind nach Absprache möglich. Ein Onlinetreffen zur Vorbereitung ist für den 8. Januar 2026 geplant und für Interessent*innen verpflichtend.

Kontakt: Bei Interesse melden Sie sich bitte baldmöglichst über mr-tuerkei@ipnw.de.



**Samstag, 7. März 2026
Stuttgart**



15 Jahre Fukushima 40 Jahre Tschernobyl Atomgefahren und Gesundheitsrisiken damals – heute – morgen

**11–16.30 Uhr:
Vorträge und Workshops**

*** Block 1:**

40 Jahre Tschernobyl –
15 Jahre Fukushima:
Stand heute

*** Block 2:**

Gesundheitliche Folgen der
Reaktorkatastrophen – neue
medizinische Einsichten

*** Block 3:**

Atomkritische Aussichten

**Ab 16.30 Uhr: Vernetzung
und Ausklang mit Buffet**

Die Tagung widmet sich den bis heute anhaltenden, teils verheerenden Folgen der beiden größten Atomunfälle der Geschichte. Sie wirft einen kritischen Blick auf Gegenwarts- und Zukunftsthemen der Atomenergie. Mit Stimmen und Eindrücken aus den von den Reaktorkatastrophen betroffenen Regionen sowie internationalen Expert*innen und Engagierten.

Ort:

**Bürgerzentrum Stuttgart West,
Bebelstraße 22, 70193 Stuttgart**



ippnw.de/bit/tagung

IPPNW – Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges /
Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. | kontakt@ippnw.de